

Protokoll

Reden, Beschlüsse und Wahlergebnisse
der 1. Tagung des 10. Landesparteitages

3. - 4. Februar 2007
Jugendbildungszentrum Blossin

Protokoll

Reden, Beschlüsse und Wahlergebnisse
der 1. Tagung des 10. Landesparteitages

3. - 4. Februar 2007, Jugendbildungszentrum Blossin

Herausgeber: Landesverband Brandenburg der Linkspartei. PDS

Fertigstellung: Februar 2007

Satz und Layout: Reinhard Frank

Protokoll
der 1. Tagung des 10. Landesparteitages

Inhaltsverzeichnis

Reden	
Rede des Landesvorsitzenden Thomas Nord	5
Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion Kerstin Kaiser	
Starke Opposition – gut für Brandenburg	14
Rede des Parteivorsitzenden Lothar Bisky	25
Rede des MdB Wolfgang Neskovic	29
Beschlüsse	
Beschluss „Vereinbarung zwischen WASG und Linkspartei Brandenburg“	37
Beschluss „Zusammensetzung des Landesparteirates“	42
Beschluss „Fortführung der Mindestlohnkampagne“	43
Beschluss „Gemeinsam gewinnt“	44
Beschluss „Freiheit und Selbstbestimmung Weltweit - Coca-Cola Boykottieren!“	45
Bericht der Mandatsprüfungskommission	46
Wahlergebnisse der 1. Tagung des 10. Landesparteitages	47
Satzungsforum zum Landesparteitag (Mitschrift von Stefan Ludwig)	49

Rede des Landesvorsitzenden Thomas Nord

Liebe Genossinnen und Genossen,

In der Politik sind wir es gewohnt, Gefühle besser nicht zu zeigen, sondern sie eher zu verbergen. Wenn ich also unsere heutige Beratung mit ein wenig Wehmut betrachte und dies auch zugebe, dann gibt es dafür einen triftigen Grund: Dieser Parteitag ist der letzte der PDS Brandenburg. In diesem Jahr nehmen wir Abschied von der Partei des demokratischen Sozialismus.

Wenn alles so funktioniert, wie von den Parteivorständen der Linkspartei.PDS und der WASG beschlossen, dann gründet sich am 15. und 16. Juni diesen Jahres DIE LINKE in Deutschland. Und so es von uns heute und morgen von der WASG Brandenburg beschlossen wird, gründet sich am 8. September diesen Jahres DIE LINKE.BRANDENBURG. Mit dem 1. Landesparteitag der LINKEN.BRANDENBURG im Januar 2008 wird der Parteineubildungsprozess in unserem Bundesland abgeschlossen sein.

Damit endet die 17 jährige Geschichte der PDS Brandenburg, und es entsteht auch in unserem Bundesland eine neue Partei. Für einige unserer Mitglieder ist das die dritte Parteineugründung, die sie miterleben.

Sie unterscheidet sich in manchem von den historischen Vorläufern - insbesondere dadurch, dass unserem heutigen Vorhaben weder eine historische Katastrophe wie der 2. Weltkrieg noch ein umfassender Zusammenbruch des Realsozialismus vorausging. Sie unterscheidet sich von einem der historischen Vorläufer dadurch, dass diese Parteineugründung nicht nur demokratisch aussehen soll, sondern durch einen zutiefst demokratischen Prozess gekennzeichnet sein wird.

Die Geschichte der Partei des demokratischen Sozialismus ist insgesamt - gerade auch in Brandenburg - eine Geschichte von großen Anstrengungen, Kämpfen, des aufrechten Gangs bei erheblichem Gegenwind und des daraus entstandenen Erfolgs.

Das wird besonders an den Landtagswahlergebnissen deutlich:

1990 starteten wir mit 13,4% der Zweitstimmen und 13 Mandaten. 1994 waren es 18,7% und 18 Mandate. 1999 23,3% und 22 Mandate. 2004 wurden wir bei den Erststimmen mit 32% stärkste Partei vor der SPD, errangen 23 Direktmandate und erzielten mit 28% der Zweitstimmen insgesamt 29 Mandate. Keine andere Partei in Brandenburg kann eine solche positive Dynamik bei Landtagswahlen für sich in Anspruch nehmen.

Diese Erfolge sind untrennbar mit Deinem Namen, Lothar Bisky - unserem langjährigen Fraktionsvorsitzenden im Landtag - und Deinem, Heinz Vietze - über anderthalb Jahrzehnte unser Landeswahlkampfleiter - verbunden.

Hier bietet sich die Frage an: Was waren die Voraussetzungen für diese Erfolge?

Es war in erster Linie unsere Fähigkeit, aus der Niederlage des Realsozialismus 1989 und den Misserfolgen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zu lernen. Wir ha-

ben aus dem Untergang der DDR Schlussfolgerungen gezogen. Am Beginn dieser Entwicklung stand nicht ohne Grund der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System. Vollzogen wurde er auf dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989. Dieser Bruch ist untrennbar mit dem Namen Michael Schumann verbunden.

Vielleicht sind wir Brandenburger Mitglieder der PDS auch deshalb so unnachgiebig in der Auseinandersetzung mit dem Erbe der DDR. Das betrifft sowohl deren Leistungen als auch strukturelle Defizite.

Die aus dieser Erbe-Debatte erwachsende Verantwortung, u. a. für Ostdeutschland und seine Zukunft, gehören zum Erfahrungsschatz der PDS und damit zu dem der neuen Linkspartei in Deutschland.

Der Bruch mit dem Stalinismus und allen seinen Spielarten steht für uns nicht zur Disposition.

Das betrifft auch den Charakter der künftigen Linkspartei: Die Gründung der PDS - das war einerseits der Bruch mit Avantgardeanspruch und Wahrheitsmonopol sowie mit dem Zentralismus als Organisationsprinzip.

Das war andererseits die Wiedereinsetzung der Mitglieder in ihre Rechte, die Öffnung der Partei für Meinungsvielfalt und Pluralität, die Rückgewinnung der Demokratie als grundlegende Regel des innerparteilichen Lebens und als Grundelement politischer Programmatik.

Das gehört zu unserem unausschlagbaren Erbe.

Unsere historischen Erfahrungen, unsere Mitgift aus 17 Jahren PDS, lauten:

Sozialen Menschenrechte einerseits und individuellen Freiheitsrechte andererseits dürfen nicht voneinander getrennt werden.

Die Vernachlässigung oder gar Preisgabe der einen zugunsten der anderen Seite führt gerade nicht zu einer zukunftsfähigen, sozial gerechten Gesellschaft. Unser erklärtes Ziel ist eine zukünftige Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit. Diese wichtige Erkenntnis hat uns in der Partei des demokratischen Sozialismus zusammengeführt und war die entscheidende Voraussetzung für eine neue, größere Linkspartei in Deutschland. Wir wollen mit unserer Politik dazu beitragen, strukturelle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft zu überwinden, also auch die Dominanz von Männern über Frauen, Rassismus und Antisemitismus.

Weiter:

Wir haben uns 1989 entschieden, im parlamentarischen System als politische Partei zu wirken - und als solche eng mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zusammen zu arbeiten. Um uns erfolgreich für unsere Ziele einsetzen zu können, haben wir als Orientierungsrahmen für unser Handeln ein „strategisches Dreieck“ bestimmt.

Wer kapitalistische Verhältnisse mit demokratisch-sozialistischen Alternativen überwinden möchte, agiert immer im Spannungs-verhältnis von Protest und Gestaltungsanspruch. Wir begrüßen, dass das „strategische Dreieck“ genauso wie der „demokratische Sozialismus“ als Weg, Ziel und Wertesystem in den Vereinbarungen mit der WASG zur Bildung der neuen Partei eine wesentliche Rolle spielt. Genau hierzu bringen wir aus der PDS in den neuen Bundesländern die Erfahrungen einer Volkspartei mit.

Das schließt Erfahrungen in einer Region ein, die von tiefgreifenden Transformations- und Schrumpfungprozessen betroffen ist. Sie sind eingeflossen ins landespolitische Leitbild

unserer Landtagsfraktion und unsere Parlaments-, Regierungs-, Verwaltungs- und Organisationsarbeit. Diese Erfahrungen musste und muss sich die PDS hart erarbeiten. Es gibt keinen Grund, auf sie zu verzichten.

Zu unserer Mitgift im Partieneubildungsprozess gehören aber nicht nur programmatische, sondern auch politisch-praktische Erfahrungen und Besitzstände. Woran können wir diese festmachen?

Die PDS Brandenburg ist in allen Kommunalparlamenten des Landes vertreten. Wir stellen 10 hauptamtliche und 11 ehrenamtliche Bürgermeister. *Gegenwärtig stehen wir mit unseren Kandidaten Fred Fischer und Ingo Paeschke bei den Bürgermeisterwahlen in Perleberg und Forst in den Stichwahlen. Herzlichen Glückwunsch an beide und viel Erfolg. Mit unserer Unterstützung könnt ihr weiterhin rechnen.*

Die Linkspartei.PDS Brandenburg hat knapp 10.000 Mitglieder und ist damit nach wie vor die mitgliederstärkste Partei im Land. Dass das so ist, hat heute übrigens nicht mehr nur mit unseren vielen Mitgliedern zu tun, die aus der SED in die PDS übergegangen sind, sondern inzwischen auch mit vielen Neueingetretenen und jungen Mitgliedern. Für manche von diesen ist die „Wende“ nur mehr Geschichte, und mancher Funktionär in meinem Alter ist für sie bereits ein Veteran.

Wir verfügen über ein gut ausgebautes System von Geschäftsstellen und modernen Kommunikationssystemen. Unsere Friedenskassen sind nach den letzten Wahlerfolgen gut gefüllt. Wir wurden immer wieder totgesagt und haben uns doch nie unterkriegen lassen.

Wir versprechen allen, die trotzdem auf unser Ende warten:

Da wartet ihr umsonst!

Wir sind also groß, gut und schön! Mancher fragt sich also ganz verwundert: Warum dann eigentlich diese Neugründung?

Auch Journalisten fragten uns im Vorfeld unserer heutigen Tagung, ob wir angesichts der Krise der CDU nichts anderes zu tun hätten, als uns mit uns selbst zu beschäftigen? Andere fragten: Warum nehmt ihr die zweihundert Hanseln nicht einfach auf und spart euch den ganzen Quatsch?

Können wir es uns wirklich so einfach machen? Geht es hier wirklich nur um einen formalen Prozess? Ist das nur eine Farce?

Welche Bedeutung hat diese Partieneugründung?

Zunächst gibt es auf diese Fragen ein paar sehr simple Antworten.

Was wäre das wohl für ein Geschrei, wenn wir mit der WASG so umgehen würden, wie vorgeschlagen? Die Wiederkehr von SED und Walter Ulbricht wäre das Mindeste, was der eine oder andere zu Papier brächte.

Aber nicht nur das:

Wer sich die Entwicklungen in der WASG Berlin und Mecklenburg-Vorpommern vor den letzten Landtagswahlen anschaut, kann in aller Ruhe (oder eher großer Unruhe) studieren, was passiert, wenn die Erwartungen unserer Wählerinnen und Wähler auf eine neue gesamtdeutsche Linke enttäuscht werden. Dabei war es völlig

unwichtig, wie viele Personen an diesen Konflikten beteiligt waren. Wirklich wichtig ist die politische, die öffentliche Botschaft, die nämlich lautet: Die Linken können nichts anderes als sich streiten – die sind auch nicht besser als die anderen – wir, die Bürgerinnen und

Bürger, sind ihnen egal.

Das sind jedoch – wie schon gesagt - nur die einfachen Antworten. Bereits diese dürfen wir um den Preis von Niederlagen nicht ignorieren. Es gibt aber noch tiefer gehende Argumente, warum wir den Parteineugründungsprozess mit dem nötigen Ernst vollziehen sollten. Das hat etwas mit der Lage im Land zu tun.

Zunächst müssen wir festhalten: Unsere Erfolgsbilanz im Osten stimmt, obwohl auch sie mitunter besser sein könnte. Im Westen stimmt sie nicht.

Wer aber im gesamten Land – von der Welt mal ganz zu schweigen - die Gesellschaft nachhaltig politisch beeinflussen will, braucht eine Partei, die auch in den alten Bundesländern verankert ist. Denn dort leben 80 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Ohne WASG haben wir eine solche Verankerung in 17 Jahren nicht erzielen können. Ob wir es mit WASG schaffen, ist offen. Sicher ist nur: Ohne sie geht es gar nicht.

Die WASG ist aus dem Widerstand gegen die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung entstanden. Sie ist Ausdruck der wachsenden sozialen und politischen Spaltung dieser Gesellschaft. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich nicht mehr durch die bestehenden politischen Parteien vertreten. Das Vertrauen in das bundesdeutsche Parteiensystem bröckelt. Wer sehen will, wie das konkret aussieht, kann die Mitgliederbilanz der SPD in den letzten 15 Jahren betrachten, kann zum Landesparteitag der brandenburgischen CDU fahren oder sich das CSU- Intrigantenstadel ansehen. Diejenigen, die die WASG gegründet haben, wollten dieser Entwicklung etwas entgegensetzen. Sie hatten nicht genug Vertrauen, zu uns, zu kommen.

Das kann man falsch finden oder auch bedauern. Es zu ignorieren, wäre jedoch fatal.

Diese Situation trifft durchaus auch auf Brandenburg zu. Auch in unserem Land steht die Gründung der WASG in engen Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Agenda 2010. Die Brandenburger WASG ist auch hier ein Zusammenschluss von direkt Betroffenen, die nicht den Weg zu uns gefunden haben.

Die Menschen, die 2005 die LINKE gewählt haben, fragen nicht, wie viele Mitglieder die WASG hat. Sie fragen sich, ob wir in der Lage sind, mit ihnen eine gemeinsame Partei zu bilden. Und genau das ist eine Frage des Vertrauens in unsere Wandlung von der SED zu einer neuen demokratischen Partei, eine Frage des Vertrauens in unsere Bereitschaft, mit anderen fair umzugehen solange diese es auch tun.

Ob wir ohne dieses Vertrauen ein so gutes Wahlergebnis erreicht hätten, ist zumindest zweifelhaft. Lasst uns also diesen Vertrauensvorschuss nicht verspielen! Er ist für unsere politische Zukunft und die Fähigkeit, dauerhaft neue Bevölkerungsgruppen anzusprechen, von strategischer Bedeutung.

Nur wenn dies gelingt, senden wir mit der Parteineugründung ein tatsächliches Signal der Hoffnung an sehr viele Menschen in diesem Land – und besonders nachhaltig an die, die von den gegenwärtigen sozialen Entwicklungen negativ betroffen sind. Die Zahlen belegen: Diese Gruppe wird auch in Brandenburg immer größer.

Wenn wir diesen Menschen keine glaubwürdige Interessenvertretung anbieten, wächst die Gefahr der politischen Verweigerung oder auch des Abwanderns zu rechtsextremen Parteien.

Dies zu verhindern, gehört sehr wohl zu unseren Aufgaben. Und ich denke, die neue Par-

tei ist ein geeignetes Instrument, diesen Gefahren entgegenzutreten. Gibt es daran noch Zweifel, liegt es in unserer Hand, sie zu entkräften.

Wie wir das auf Landesebene umsetzen wollen, möchte ich am Leitantrag des Landesvorstandes darlegen.

In dieser Vereinbarung ist der Weg aufgezeichnet, mit dem die beiden Landesverbände von Linkspartei.PDS und WASG auf faire Weise miteinander fusionieren und gemeinsam den Landesverband DIE LINKE:BRANDENBURG bilden können.

Eure Zustimmung zu dieser Vereinbarung ist sehr wichtig.

Sie würde deutlich machen: Die Verschmelzung beider Parteien wäre für die WASG Brandenburg keine Fusion zweiter Klasse. Damit würde das Vertrauen, dass in den letzten Monaten zwischen beiden Landesverbänden entstanden ist, vertieft, und es würden gute Wachstumsvoraussetzungen für die neue Partei geschaffen.

Weil diese Vereinbarung satzungsändernden Charakter trägt, brauchen wir hier und heute die Zustimmung von Zweidrittel der gewählten Delegierten.

Ich möchte Euch auf einige wichtige der *vorübergehenden* Änderungen aufmerksam machen:

Die Anzahl der von uns zu wählenden Mitglieder für den Landesvorstand wird von 18 auf 16 und die Anzahl der Stellvertretenden Landesvorsitzenden von vier auf eine reduziert.

Ich danke Diana, Harald und Stefan dafür, dass sie einerseits diesen sie persönlich betreffenden Schritt der Reduzierung mitgehen und andererseits bereit sind, als Mitglieder für den neuen Landesvorstand zu kandidieren.

In dieser Vereinbarung wird der WASG Brandenburg die Möglichkeit eingeräumt, ein Mitglied als Stellvertretenden Landesvorsitzenden und drei weitere Mitglieder als Vorstandsmitglieder des Landesvorstandes der Neuen Partei vorzuschlagen.

Es wird für den Gründungsparteitag am 08. September ein Wahlverfahren vorgeschlagen, welches beiden Seiten ein Höchstmaß an Sicherheit gibt, dass die jeweils vorgeschlagenen Landesvorstandsmitglieder auch im neuen Gründungsvorstand vertreten sein werden. Es ließe sich noch mehr dazu sagen, aber der Antrag liegt euch ja vor, und Fragen können gestellt werden.

Zu den positiven Voraussetzungen für die Partieneubildung gehört, dass inzwischen die Entwürfe für eine neue Landessatzung und eine neue Landesfinanzordnung vorliegen. Morgen wollen wir mit den Kolleginnen und Kollegen der WASG das erste Mal über sie diskutieren.

Ich bitte Euch: Debattiert diese Entwürfe auch in den Kreisorganisationen gründlich. Bis zum 8. September ist Zeit, sie in beiden Parteien mehrheitsfähig zu gestalten.

Wir haben uns bei ihrer Erarbeitung an den Bundesdokumenten orientiert und sind nur in wenigen Punkten von diesen abgewichen.

Z.B. konnten wir uns mit den Kollegen der WASG darauf einigen, die Rolle der AG und IG in unserem Landesverband so zu belassen, wie das in der PDS bisher üblich war. Ich denke und hoffe, das findet eure Zustimmung.

Völlig neu ist der Landesausschuss in die Satzung aufgenommen worden. Er ersetzt zukünftig den Landesparteirat und soll sehr viel weiter gehende Rechte erhalten, als dieser bisher hatte.

Es gibt neue Regelungen zur Schaffung eines Landesfinanzrates, zur Ermittlung der Delegiertenmandate und vor allem zur Anerkennung eines Jugendverbandes der Partei. Ich möchte an dieser Stelle Matthias Osterburg, Maria, Steffen Hultsch, Rosemarie Kersten, Udo Linde und Christian Geike herzlich für die geleistete Arbeit an den vorliegenden Dokumenten danken. Und wenn die Zusammenarbeit in den Kreisen genauso konstruktiv ist wie in der Steuerungsgruppe auf Landesebene, dann würde mich das freuen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir also heute und in den nächsten Wochen über „so spannende Fragen“ wie Landesatzungen und Finanzordnungen reden, dann tun wir das deshalb, weil wir dabei sind, ein politisches Instrument zu schaffen, ein Instrument gegen den anhaltenden Sozialabbau durch die große Koalition in Berlin, gegen die zunehmende Sucht deutscher Politik, mit globalen Militäreinsätzen bei internationalen Konflikten dabei zu sein, und gegen die anhaltende Tendenz, rechtstaatliche Normen abzubauen.

Ihr seht selbst: Die gesamtdeutsche Linke wird dringend gebraucht. Dem bundesdeutschen Sozialstaat ist mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus der dritte Tarifpartner, wie es Gewerkschafter zu sagen pflegen, verloren gegangen. Dadurch, durch die Globalisierung sowie den Versuch, dies mit neoliberalen Konzepten zu bewältigen, ist dem bundesdeutschen Sozialstaat das innere Gleichgewicht verloren gegangen. Die Linke wird gebraucht, um es wieder und auf neuer Grundlage herzustellen. Sie wird gebraucht für Mindestlohn und eine gerechte Steuerpolitik, für mehr Beschäftigung, Demokratie und bessere Bildungschancen für Alle. Für eine friedliche Außenpolitik und wirksamen Widerstand gegen den erstarkenden Rechtsextremismus.

Dass dieses Vorhaben nicht ganz aussichtslos ist, wird daran deutlich, dass selbst Guido Westerwelle seit kurzem über soziale Gerechtigkeit spricht.

Ich habe es bereits gesagt: Die neue Linke muss eine demokratische Linke sein. Dies entspricht nicht nur unseren Erfahrungen aus dem Scheitern der DDR, sondern auch den Lehren aus dem Ende der Weimarer Republik. Nur die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie durch SPD und KPD hätte den Nazis den Weg an die Macht verbauen können. Der deutschen Linken darf es gerade in Zeiten wachsender sozialer Spaltungen nicht wieder passieren, dass Demokratie gering geschätzt wird.

Insofern standen wir im Zusammenhang mit dem Landtagsneubau auf dem alten Markt auch als demokratische Partei auf dem Prüfstand. Ich finde diese Prüfung haben unsere Genossinnen und Genossen der Stadtfraktion und der Kreisorganisation gut bestanden. Wer wie wir jahrelang um eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu diesem Vorhaben gekämpft hat, darf sich im Ergebnis –auch wenn wir uns ein anderes gewünscht hätten- nicht über eine relative Mehrheit der Beteiligten hinwegsetzen. Der Umgang mit diesem Ergebnis sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch in der Stadtorganisation war ein demokratischer Prozess. Es war auch keine Erpressung im Zusammenhang mit dem Überdenken des eigenen Abstimmungsverhaltens Forderungen zu verbinden. Wir stehen nach der Befragung nicht nur gegenüber den Befürwortern des Landtagsneubaus in Potsdams Mitte im Wort, sondern nach wie vor unseren Wählern bei der Kommunalwahl 2003. Diesen hatten wir unter dem Motto geführt, das Schloss kann warten, die Kinder nicht. Nun wird kein Schloss gebaut, sondern ein neuer Landtag und wenn wir in diesem Zusammenhang auch erhebliche Mittel für die Rekonstruktion und Modernisierung von Kitas und Schulen sowie der Bibliothek durchgesetzt haben, dann haben wir demokratische Verlässlichkeit mit der Vertretung der Interessen unserer Wählerinnen und Wähler verbunden. Für dieses kluge und erfolgreiche Handeln möchte ich den

Beteiligten aber insbesondere auch Hans-Jürgen Scharfenberg hier herzlich Danken. Morgen werden wir klare Positionen zur Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie im Rahmen unserer Leitbilddebatte beziehen.

Ich möchte Wolfgang Neskovic und Steffan Sarrach für ihre Diskussionsangebote zu diesem Thema danken.

Es gibt gute Gründe, zum Thema Rechtsstaat und Demokratie auch die Brandenburger Verhältnisse zu hinterfragen.

Denn: Dass der neue heimliche Landesvorsitzende der CDU Sven Petke einerseits Vorsitzender des Rechtsausschusses des Brandenburger Landtages ist und andererseits Verursacher der E-Mail Affäre, sagt sehr viel über das heutige Verständnis führender Landespolitiker zum Rechtsstaat aus. Auch die Vorstellungen über Demokratie, wie sie z.B. auf dem Brandenburger Landesparteitag der CDU deutlich wurden, scheinen mir wenig dazu geeignet, Menschen für diese Herrschaftsform zu begeistern.

Die CDU Brandenburg ist in einer tiefen Krise. Diese Krise ist aber nicht nur eine von handelnden Personen, sondern auch eine Sinnkrise. Die Frage, für wen man welche Politik machen soll, ist durch die Bundes CDU nicht nur nicht beantwortet, mehr noch: sie spaltet die Landes CDU.

Nun sind solche Differenzen in Parteien in heutigen Zeiten eher normal und machen auch um uns keinen Bogen. Aber wer beginnt, so auf einander einzudreschen wie die Brandenburger Christdemokraten, wird vermutlich so bald damit nicht wieder aufhören können.

Wenn ich das sehe, denke ich nur und sage auch aus aktuellem Anlass: Mögen uns solche Zustände auf immer erspart bleiben!

Hinter diesen dominierenden Auseinandersetzungen in der CDU verblasst zur Zeit die Tatsache, dass sich auch die Brandenburger SPD in einer wenig stabilen Lage befindet. Nicht nur umstrittene Personalentscheidungen - wie die Ernennung eines Kurzzeitstaatssekretärs oder umstrittene Personalvorschläge für den Landesrechnungshof - prägen den Zustand der regierenden SPD.

Auch die wortbrüchige Streichung des Weihnachtsgeldes für die Landesbeamten und damit das Sägen an dem Ast, auf welchem die SPD sitzt, oder das Scheitern der Schlosskoalition in Potsdam, waren keine Ruhmesblätter für eine Regierungspartei, die ununterbrochen bemüht ist, mitten im Regen schönes Wetter zu predigen.

Zählt man noch die Austritte zweier Landräte aus der SPD wegen deren Politik im Bund und im Land hinzu, bleibt von Matthias Platzecks hoch gelobten Erfolgen in 2006 und seinem Bild einer prosperierenden SPD Brandenburg nicht viel übrig.

Hier drängt sich die Frage auf: Haben wir es noch mit vorübergehenden Krisensymptomen zu tun oder schon mit einer handfesten Krise der Landesregierung?

Auf jeden Fall ist die Krise bereits groß genug, um insbesondere vor dem Landesparteitag der CDU - wie in den guten alten Zeiten des kalten Krieges - die rote Gefahr zu beschwören.

Besondere Verdienste erwarb sich dabei ausgerechnet Altlandesvater Stolpe, der vor einer rot-roten Rutschbahn warnte. Wer dabei die Rutsche stellt, hat er vorsichtshalber offen gelassen.

Wir können also auch nach dem CDU Parteitag in Frankfurt/Oder ganz gelassen bleiben, liebe Genossinnen und Genossen. Selbst wenn so mancher das anzweifelt: Wir sind auf

die Oppositionsrolle im Land gut eingestellt. Unser Fahrplan bis 2009 zur Bewältigung dieser Aufgabe steht. 2007 heißt er: erfolgreiche Parteineubildung, eine gute und produktive Leitbilddebatte, konstruktive und konsequente Opposition im Parlament, Fortsetzung der seit 2004 stattfindenden Parteireform und außerparlamentarische Arbeit für einen Mindestlohn, ein Sozialticket für Brandenburg und gegen Rechtsextremismus. 2008 folgt mit den Kommunalwahlen die Generalprobe für die neue LINKE im Land und 2009 die Premiere bei den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen.

Wir mussten 2004 in den Sondierungen mit der SPD feststellen: Die Sozialdemokraten waren nicht bereit, inhaltlich auf uns zuzugehen. Sie wollte mit der CDU regieren. Unsere Schlussfolgerung daraus war: Wir bleiben eine starke und realistische Opposition. Mit der Leitbilddebatte werden wir uns gerade im Prozess der Parteineubildung eine alternative und konstruktive landespolitische Programmatik erarbeiten, die uns als neue Partei in den nächsten Jahren handlungsfähig hält.

Deshalb sagen wir: Angst müssen die Brandenburgerinnen und Brandenburger vor einer Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS nicht haben. Im Gegenteil! Vor mehr Demokratie, vor mehr Befugnissen für die Kommunen, vor einer besseren Bildungspolitik, vor zinslosen Krediten für kleine und mittlere Unternehmen, vor Forderungen nach einem Sozialticket für Brandenburg muss niemand Angst haben!

Auch niemand in der eigenen Partei. Für eine Umsetzung der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU standen und stehen wir nicht zur Verfügung.

Also - es bleibt bei unserer bisherigen Position:

Wir sind regierungsfähig, aber regierungswillig können wir nur werden, wenn es für unsere Vorstellungen wenigsten teilweise einen Partner gibt. Das ist - wie gesagt - bisher nicht der Fall. Sollte sich das ändern, müssen wir gemeinsam darüber reden und letztlich auch gemeinsam entscheiden – einen Grund, deswegen jetzt aufgeregt zu sein, sehe ich nicht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser heutiger Parteitag ist auch ein Wahlparteitag. Der scheidende Landesvorstand hat nach meiner Auffassung eine gute und solide Arbeit geleistet. Der Rechenschaftsbericht liegt euch vor. Und - das zu sagen liegt mir am Herzen - ich bin ich froh, dass die große Mehrheit der bisherigen Landesvorstandsmitglieder auch für die kommenden Monate wieder kandidiert. Danken möchte ich auch den drei Genossen und Genossinnen, die nicht erneut antreten. Herzlichen Dank an Ramona, die seit vier Jahren im Vorstand mitgearbeitet hat, an Ingeborg. Sie hat die Interessen von Menschen mit Behinderungen vehement vertreten, hat zahlreiche Änderungen in diesem Sinn auch in der Landesgeschäftsstelle durchgesetzt und die LAG Behindertenpolitik mitbegründet. Herzlichen Dank an Peter Schömmel, der unermüdlich die Interessen und das Engagement der AG International vertreten hat.

Es ist kaum aufgefallen, aber dennoch wahr:

Mit dem jetzt scheidenden Landesvorstand hat sich an der Spitze des Landesverbandes ein kompletter Personalwechsel vollzogen. Es geht also auch anders als bei der CDU.

Ich denke hier an Maria und an Matthias. Beide - Maria als neue Landesgeschäftsführerin und Matthias als Landesschatzmeister - haben weit mehr als nur meine Erwartungen erfüllt. Ich freue mich sehr, dass sie erneut kandidieren und möchte gerne weiter mit ihnen weiter zusammenarbeiten.

Gute, verlässliche, ideenreiche und ehrliche Arbeit setzt sich durch.

Die Aufgaben einiger Landesvorstandsmitglieder haben sich in den vergangenen zwei Jahren radikal verändert. 2003 hat nur ein Landtagsabgeordneter für den Vorstand kandidiert. Thomas war immer eine Stütze und hat viel für eine gute Zusammenarbeit von Vorstand und Fraktion geleistet. Als Kreisvorsitzender war er ebenso wichtig, wie als erfolgreicher Wahlkampfleiter in seiner Heimatstadt Perleberg.

Der Erfolg bei den Bundestagswahlen brachte es mit sich, das aus einem Landtagsabgeordneten im Vorstand plötzlich drei wurden.

Über Ingeborg habe ich schon gesprochen. Dank auch an Andreas.

Er hat unermüdliche Arbeit gegen den Rechtsextremismus organisiert und großen Anteil an unseren Aktivitäten gegen die Naziaufmärsche in Halbe wie auch anderorts.

Die Tatsache, dass in der Vorstandslegislatur zwei meiner Stellvertreterinnen Bundestagsabgeordnete geworden sind, war ein großer Gewinn für die Arbeit. Herzlichen Dank an Diana und Kirsten, die eine gute und engagierte Arbeit im Bundestag und im Vorstand leisten.

Auch Haralds Arbeitsplatz ist heute im Deutschen Bundestag. Er koordiniert nach wie vor ehrenamtlich die politische Bildung im Landesverband und jetzt auch die Kontakte zu unserer Landesgruppe im Bundestag. Unverzichtbar für unsere kommunalpolitische Arbeit war Stefan. Als Bürgermeister von Königswusterhausen immer im Dienst und darüber hinaus in vielen Situationen eine große Stütze - z.B. in der Leitbilddiskussion.

Sylvia wurde als Landesvorstandsmitglied in einer schwierigen Situation Kreisvorsitzende in Brandenburg und hat die Arbeit der AG Rechtsextremismus mit reorganisiert. Dagmar und Jutta waren immer da, wenn sie gebraucht wurden. Besonderen Dank an Elke. Sie hat in den letzten Jahren die Zusammenarbeit mit aufgebaut und erfolgreich gestaltet. Jetzt hat sie sich bereit erklärt, von Irma Hilker den Vorsitz der AG SeniorInnen zu übernehmen.

Dafür bin nicht nur ich ihr sehr dankbar und wünsche ihr bei der Lösung dieser Aufgabe viel Erfolg. Für die Arbeit des Landesvorstandes war es sehr gut, dass auch zwei Genossen aus der Lausitz an dessen Arbeit beteiligt waren. Matthias ist inzwischen Wahlkreismitarbeiter von Wolfgang Neskovic und eine unentbehrliche, sehr aktive Verbindung in den Stadtverband Cottbus. Nicht zuletzt an dieser Stelle Dank an Ingo Paeschke. Ingo kandidiert - wie bereits gesagt - gerade als Bürgermeister in Forst und ist in die Stichwahl gekommen. Ich würde mich über ihn als zweiten Bürgermeister im Landesvorstand sehr freuen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr merkt, der bestehende Landesvorstand hat gut und erfolgreich gearbeitet. Deshalb, und auch weil mir diese Arbeit wichtig ist - mitunter sogar Freude gemacht hat, - trete ich erneut als Landesvorsitzender an. Deshalb würde es mich freuen, wenn ihr mir mit Eurem erneuten Vertrauen die Möglichkeit gebt, meine Arbeit fortzusetzen.

Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion Kerstin Kaiser

Starke Opposition – gut für Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Gäste,

was ist los in diesem Land, wundert eine Märkische Zeitung, dass in Kyritz 250 Menschen mühelos einen Saal füllen: an einem Diskussionsabend mit den Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann und Oskar Lafontaine von der Linken? Und beileibe nicht alles Mitglieder der Partei, - viele aus recht entfernten Dörfern und Städten in der Prignitz und Ostprignitz-Ruppin.

Ein voller Saal, über drei Stunden lang, mit Diskussion, Musik.

Thema war: Das ganz normale Leben. Fragen zur Zukunft der Region, wo die Wege zur Schule, zur Arbeit und zum Arzt weiter und teurer werden. Die Kinder und Enkel gehen meist fort. Wer bleibt, weiß oft einfach nur nicht, wohin. Krieg am Hindukusch macht Angst, keiner hier im Saal findet ihn richtig und alle wissen: Krieg frisst Menschen, Geld und Zukunft. Diese ihre Bundestagsabgeordnete von hier, aus Tornow, die Frau Tackmann, die kennt ihre Probleme, die lebt hier mit ihnen, die kann man alles fragen: Wie teuer wird der Arzt und die Medizin? Wieso gibt es eine Reform, die nichts besser macht? Und warum kann man mit ALGII-Empfängern einfach so umspringen, haben die keine Rechte? Es gibt eine Initiative gegen HartzIV vor Ort, sie sammelt Unterschriften gegen die Anrechnung des Kindergeldes auf das ALG II. Das Kindergeld bekommen alle zusätzlich, auch die Sozialministerin, nur nicht die Kinder der Familien, die am wenigsten haben.

Die Leute im Saal von Bluhms Hotel hören lange zu und fordern: Frau Tackmann, Herr Lafontaine, ja diese Linke soll – anders als alle anderen Parteien - unbedingt weiter für die Rechte derer streiten, die sich, benachteiligt und abgehängt fühlen. Sie sind nicht schwach, aber sie fühlen sich machtlos und vergessen von den Regierungen. Und wir Genossinnen und Genossen im Saal ahnen um die Aufgaben und haben ja selbst auch viele Fragen.

Diskussionen am Rande: Was soll diese CDU-Posse dort in Potsdam? Und wie kann die SPD vorige Woche im Landtag behaupten, den Familien im Land ginge es besser? Und alle könnten und wollten Tag und Nacht in Berlin shoppen?

Unverständnis und Empörung auch gestern am Rande einer Feier in Strausberg. Fünfzehn Jahre hat das Frauen- und Familienzentrum geschafft, Glückwunsch den ehrenamtlichen Heldinnen im Alter zwischen 50 und 90! Das Haus bräuchte dringend eine Renovierung, die Stadt hat dafür kein Geld. ABM, SAM sind Vergangenheit, mit 1•-Jobberinnen können u.a. die dringend nötige Suppenküche und das Frauenfrühstück nicht mehr stattfinden. Mit Gesprächen, Sport, Kunst und Musik hält man sich jung, fit und kümmert sich um Hilfebedürftige.

Was die Frauen aufregt? Dass ihnen bald selbst das Geld fehlt, um ihre ehrenamtliche Arbeit noch zu finanzieren. Alles wurde teurer, die Gesundheitsreform ist doch ein großer Betrug, die Privaten Krankenkassen gewinnen, wir zahlen wieder drauf. Nun hört man sogar, die Fachpolitiker der Regierungskoalitionen drücken sich davor, diesen Murks zu beschließen. Der Jugendtreff um die Ecke bangt um die Existenz. Auch fehlen im großen Wohngebiet KiTa-Plätze für sozial benachteiligte Kinder ohne gesetzlichen Rechtsanspruch. Diese müssten dringend sprechen, spielen, zeichnen und singen lernen, regelmäßig und

gesund essen. Ihre oft jungen, lange arbeitslosen Eltern sind mit dieser Aufgabe z.T. überfordert.

Das Ehrenamt stößt an Grenzen. Das Jugendamt braucht mehr Personal. Und regierende Politiker in Land und Bund lassen die Kommunen, die Leute allein mit Problemen und Ängsten... -

Die Neonazis von der NPD knüpfen derweil ihre Netzwerke, in der Prignitz wie im Oderland. BrandenburgerInnen schauen kopfschüttelnd in den Fernseher oder auf die Zeitung und ahnen völlig zu Recht, dass da in der Demokratie etwas nicht so funktioniert, wie es funktionieren müsste – und dass das letzten Endes zu ihren Lasten geht.

Ja, das Bild, das SPD und CDU im Land dieser Tage abgeben, ist beschämend. Machtkampf Junghanns-Petke, Postenschacher, Pakte und tiefe Gräben, sogar Hass. Der Potsdamer Brauhausberg und die Staatskanzlei – ein eigenes Universum, weit weg vom Land. Der Ministerpräsident entschuldigt sich für sein Versagen im letzten Jahr und sorgt sich weiter vielmehr um Schönbohm. *Regieren* bedeutet eigentlich: etwas zu lenken, gerade zu richten. In diesem Sinne kann man nur sagen: Unsere Landesregierung regiert nicht.

Und die Zeitungen bewegt die ganze Karnevalssaison hindurch die Frage, ob die SPD bei dem Radau in der CDU nun die Ruhe bewahrt oder nicht. Und behauptet regelmäßig, dass unsere Partei, dass unsere Fraktion im Fall der Fälle auf jeden Fall „Immer bereit!“ steht, als Joker im Kartenspiel des Ministerpräsidenten gezogen zu werden, um dann mit ihm die derzeitige Politik fortzusetzen?

Was für eine unpolitische, absurde Sicht!

Klar gesagt: Wir werden den Platz der CDU nicht einnehmen. Wir haben unseren eigenen Platz! Die politischen Aufgaben haben wir gemeinsam Anfang 2004 ins Wahlprogramm geschrieben, - das gilt. Den *Auftrag für einen Politikwechsel* für mehr soziale Gerechtigkeit haben unserer Partei fast ein Drittel der WählerInnen in Brandenburg gegeben, - der zählt. Wir sind stabil die zweitstärkste politische Kraft im Land, 29 Abgeordnete sind – 23 direkt gewählt – vor Ort verlässliche PartnerInnen und VertreterInnen ihrer Wähler, wenn um Auskommen und Teilhabe für alle am Leben, um Chancengleichheit und bessere Bildung, um Ausbildungs- und Arbeitschancen hier im Lande geht. Wir waren und sind gemeinsam der Auffassung: Wenn es die Chance gibt, diese Politik umzusetzen, wenn es Verbesserungen geben kann in diesem Land und politische Partner dafür mit uns wirken wollen, dann sind wir auch in der Lage und willens, Verantwortung in einer Regierung mit zu übernehmen.

Wir schauen dabei zuerst auf die Interessen der Menschen im Lande, auf die ungelösten Probleme, die ihr Leben belasten. *Darüber* wollen wir reden – und zwar *mit* den Menschen im Lande. Darüber streiten wir auch – aber auch dann geht es immer um die Sache, um den besten Weg, die klügsten Instrumente, um verantwortbare Kompromisse. Und daran sollten wir – bitte - auch festhalten!

Wir entwickeln auch hier und heute dafür klare politische Vorschläge – nach nachvollziehbaren Prämissen und Wertvorstellungen: Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, gegen Ausgrenzung, für Integration. Für mehr Selbstbestimmung, Demokratie vor Ort. Gegen das Abhängen ganzer Regionen. Für die Interessen Brandenburgs im Bund. Für die einheimische Wirtschaft eine vernünftige Förder- und Kreditpolitik. Für eine nachhaltige Entwicklung.

Darin sind wir verlässlich.

Hier und heute mit beiden Beinen auf der brandenburgischen Erde, kompetent und

verlässlich in der Sache, solidarisch im Miteinander – nur so werden wir unserer Verantwortung und dem Vertrauen der WählerInnen gerecht. Das war und ist das Rezept der Linkspartei.PDS seit 1990. Dies Rezept sollten wir unbedingt weiter nutzen, bei allem, was uns heute hier bewegt und beschäftigt.

Schließlich heißt es, liebe Genossinnen und Genossen, zu mindestens 80% sollten sich Parteien mit den Aufgaben im Lande und höchstens zu 20% mit sich selbst beschäftigen. Die Tendenz der CDU nähert sich 99:1%, wir sollten uns daran höchstens ein Beispiel nehmen, wie man es nicht machen sollte.

Die märkische **CDU** bewegt allein die Angst vor dem Machtverlust, davor, 2008/09 bei den Kommunal- und den Landtagswahlen noch weiter unter die 19 Prozent von 2004 abzusacken und endgültig den Anschluss an die beiden großen Parteien im Lande zu verlieren. Das ist nachzuvollziehen und eigentlich normal. (Auch wir wollen Stimmen gewinnen und bei den nächsten Wahlen stärker als bei den vorherigen sein.) Allerdings versteht die CDU offensichtlich ihre Macht nicht als Chance, etwas für die Menschen im Land zum Besseren zu wenden.

Lasst uns dennoch darüber miteinander noch einen Moment nachdenken:

Warum konnte es in einer so erfahrenen Partei wie der CDU zu derart tiefen politischen und persönlichen Feindschaften kommen? Das Modell der alten CDU, wie es von Adenauer und Kohl geprägt wurde, geht in unseren Zeiten schnellen und tief greifenden Wandels in der Welt und im eigenen Land wohl nicht mehr auf: Früher, in den Nachkriegs-Jahrzehnten des Aufbaus und Ausbaus West, hat die Union Bürgerlich-Konservative, Christlich-Soziale und Liberale scheinbar mühelos zusammenführen und integrieren können; sie war auf diese Weise eine große und starke Volkspartei.

Anfang der 90er Jahre schien es auch noch zu gelingen, ehemalige Mitglieder der DDR-CDU und der Bauernpartei unter dieses Dach zu bekommen. In Brandenburg freilich war diese Integration schon immer schwierig – auch deswegen, weil es hier wenig Bürgerlich-Konservative und Liberale gab und die Christlich-Sozialen sich bei Stolpe und Hildebrandt auch geborgen fühlen konnten. Jörg Schönbohm hat den Spagat über die Lager kraft seiner Persönlichkeit und seiner bundesweiten Bekanntheit einige Zeit aushalten können – aber seit einigen Jahren schon funktioniert das nicht mehr. Die unterschiedlichen Gruppen entwickeln sich auseinander, weil sie die Herausforderungen der herauf ziehenden Wissensgesellschaft einerseits und der gescheiterten Transformation Ost, von Säkularisierung, Wertewandel und neuer Sinnsuche, von neoliberalen Umbau der Gesellschaft und christlichem Menschenbild teils gar nicht wirklich erkennen und andernteils sehr unterschiedlich beantworten.

Wo es aber inhaltlich kaum noch Gemeinsamkeiten gibt – außer dem Drängen nach Macht und dem Karrierestreben einzelner -, da rettet man sich eben in inhaltsleere Konstellationsdebatten, in personalisierte Machtkämpfe und Intrigen. Das ist, wie wir dieser Tage in Bayern sehen können, nicht nur ein Problem der brandenburgischen Union.

So eine Partei, liebe Genossinnen und Genossen, hat Brandenburg nicht verdient. Da hatte unser Landesvorsitzender ja völlig Recht.

Nun hat auch die **SPD** seit Monaten mit den Fingern auf die Union gezeigt, den Zustand ihres Koalitionspartners kritisiert und ungebetene Ratschläge erteilt. Sie hat den Delegierten des CDU-Parteitages geradezu Bedingungen für die Vorsitzenden-Wahl gestellt.

Wer sich so massiv in die Angelegenheiten einer anderen demokratischen Partei einmischt, darf sich nicht wundern, wenn er das Gegenteil erreicht.

Wir aber sollten uns einen Moment die Frage stellen, warum die SPD überhaupt zu dieser massiven Einmischung gegriffen hat. Ich denke, die Antwort ist offenkundig, wenn man das politische Gesamtbild der Landespolitik anschaut: Sie haben die CDU nicht gedemütigt, weil sie ihrer überdrüssig sind – sondern sie haben es getan, weil sie panische Angst vor dem Verlust der CDU, vor dem Scheitern dieser Koalition haben. Denn dann kämen die Sozialdemokraten um zwei Dinge nicht herum:

Erstens müssten sie ihre politische Richtung korrigieren. Sie wären ja als – knapp vor uns – stärkste Partei im Landtag wieder mit der Regierungsbildung befasst und dabei könnten sie – wie gesagt - nun wirklich nicht davon ausgehen, dass wir so einfach in den mit der CDU ausgehandelten Koalitionsvertrag eintreten würden.

Zweitens würde bei einem Scheitern der Koalition der äußere Halt für - auch bei der SPD - wacklige interne Machtverhältnisse weg brechen. Es ist doch unübersehbar, liebe Genossinnen und Genossen, dass Matthias Platzeck und seine Potsdamer Rotwein-Runde zunehmend zum Problem für die eigene Partei – und auch für das Land – werden. Ihre Selbstherrlichkeit und Hemdsärmeligkeit führen sie in immer neue Konflikte – auch untereinander.

Erinnern wir uns kurz an die letzten Monate und Ereignisse:

■ Mit ihrem Leitbild erheben sie den Anspruch auf eine große Vision für unser Land – aber in Vision und Praxis betreiben sie eine solche Politik vor allem gegenüber den berlinfernen Regionen, dass selbst sozialdemokratische Landräte das nicht mehr ertragen können und die SPD verlassen.

■ Mit den Gewerkschaften handelte die sozialdemokratisch geführte Landesregierung einen Solidarpakt aus. Die Beschäftigten den öffentlichen Dienstes, jene, die mit der *Umsetzung* der Regierungspolitik so oder so befasst sind, verzichteten darin *zeitweise* auf Sonderzahlungen zu Weihnachten. Kaum ist das Ende dieser Frist absehbar, da verkündet der sozialdemokratische Finanzminister: Keine weiteren Sonderzahlungen – wir haben das Geld nicht! Liebe Genossinnen und Genossen, es geht hier zunächst gar nicht um die Frage des Landeshaushaltes oder darum, ob in der freien Wirtschaft Weihnachtsgeld gezahlt wird oder nicht. Es geht um so *elementare* Dinge wie Vertrauenswürdigkeit, wie Verlässlichkeit von Zusagen, wie Anstand im Umgang miteinander. In diesem Sinne und deshalb steht unsere Fraktion ganz klar an der Seite der betroffenen Polizisten, Lehrer, Beamten und Angestellten in den Landesverwaltungen. Wir hatten übrigens einen finanzierbaren Vorschlag zur Lösung im Landtag unterbreitet. Bisher: Abgelehnt.

Wir bleiben dabei: Man kann doch nicht einfach Zusagen einseitig aufkündigen, erwarten, dass die Betroffenen die Klappe halten! *Und dann der eigenen Fraktion, wenn sie denn das Spiel nicht mitspielen will, auch noch mit Rücktritt drohen! So kann man doch schwierige Probleme nicht lösen! Politische Führung bewährt sich doch nicht vordergründig darin, dass man sich gegen die Betroffenen um jeden Preis durchsetzt – die Kunst der Politik besteht darin, einen solchen Interessenausgleich herzustellen, der nach vorn gewandte Lösungen ermöglicht. Darum geht es doch wohl!*

Im Übrigen ist der Ministerpräsident da nicht viel besser als sein Finanzminister. Er hat zwar Gespräche mit den Gewerkschaften begonnen, aber vorher in Interviews erklärt, dass er sich in der Sache keinen Millimeter weit bewegen wird. Das ist natürlich auch kein produktiver Interessenausgleich.

Die eigentliche Frage harrt noch einer Lösung. Wir sind gespannt.

■ Schließlich, liebe Genossinnen und Genossen, will ich euch daran erinnern, wie sich

die SPD-Spitze Endes des Jahres in ihrer Personalpolitik völlig verrannt hat. Etwa bei der Neubesetzung der Spitze des Landesrechnungshofes. Der ist die wichtigste Institution mit Verfassungsauftrag, um die Finanzpolitik und das Finanzgebaren der Landesregierung zu kontrollieren. Und dem lief die Präsidentin weg nach Berlin, der Vizepräsident ist suspendiert und muss sich (bei voller Bezahlung) vor Gericht verantworten. Und da bestimmt der MP einfach eine verlässliche Parteifreundin zu seiner eigenen Kontrolle, ohne jegliche Abstimmung in der eigenen Partei und in der Koalition, ohne Abstimmung im Parlament, sogar ohne Abwägung gesetzlicher Vorgaben! Der MP selbst hat so die Spaßkandidaturen und den Aufmarsch von Karriererittern aus allerlei Landen zu verantworten. Am Ende erweckt auch noch ein Gericht den Eindruck, es verbiete dem Parlament eine Entscheidung – und die Verantwortlichen im Apparat von Exekutive und Legislative kommen endgültig aus dem Trott. Ein Schelm, der nichts Böses dabei denkt. Denn sogar die vom Haushaltskontrollausschuss des Landtags einmütig vorgeschlagene Wahl der allseits unumstrittenen, geschätzten Finanzexpertin Kerstin Osten – Linkspartei.PDS!! – zur Direktorin des Landesrechnungshofes musste in diesem Chaos verschoben werden. So führen Selbstherrlichkeit und taktisches Ungeschick zur Beschädigung eines wichtigen Kontrollorgans – das jetzt weiter ohne Führung da steht. Und die Politik als Ganzes kommt so in Misskredit, weil sie die elementarsten Aufgaben nicht vernünftig löst.

■ So ähnlich lief es auch bei der Absicherung der Rentenansprüche des neuen Cottbuser Oberbürgermeisters. Was immer auch an schwierigen Rechtsfragen angeführt wurde: Politik kann und darf sich nicht in Tricks retten. Das, liebe Genossinnen und Genossen, dürfen wir nicht akzeptieren und nicht vergessen.

Die Entschuldigung des Ministerpräsidenten war nicht mehr als das Eingeständnis, dass man sich völlig vergaloppiert hat und er eigentlich nicht weiß, wie man da wieder heraus kommt. Es bleibt nur noch die Hoffnung auf Milde und Nachsicht der Bürgerinnen und Bürger.

Denen macht man es aber weiter sehr schwer. Was sollen sie davon halten, wenn nun im Landtag und in der Koalition auch noch so etwas stattfindet wie ein „Thementausch“? Was ist noch glaubwürdig, wenn die Linkspartei.PDS- Forderung nach öffentlicher Beschäftigung – ein Essential unserer Partei seit vielen, vielen Jahren – wieder und wieder von SPD und CDU abgelehnt wurde, jetzt aber ausgerechnet von der CDU in die Debatte eingeführt wird? Stichwort „Bürgerarbeit“ – wenn auch unter finanziell unzumutbaren Bedingungen für die Betroffenen? Was soll man davon halten, wenn ausgerechnet die SPD-Ministerin dann im Landtag wiederum die Forderung nach öffentlicher Beschäftigung ablehnt? Und wenn dann am Tag danach aus der sozialdemokratischen Fraktion ein Konzept in die Diskussion gebracht wird, das unseren Vorschlägen wieder relativ nahe kommt? Und wenn dann in der nächsten Runde „Regionalisierungsfonds“ für die Arbeitsmarktpolitik ins Gespräch gebracht werden?

Liebe Genossinnen und Genossen,

so geht es doch einfach nicht weiter. Ich verstehe bis heute nicht, was Alt-Ministerpräsident Stolpe geritten hat, in einer solchen Situation vor einer rot-roten Rutschbahn für Brandenburg zu warnen. Ich verstehe nicht, wo er in diesem Chaos Ansatzpunkte für eine rot-rote Koalition ausgemacht hat. Und ich verstehe nicht, wie er mit seiner politischen Erfahrung eines übersehen konnte: Dieses Land ist politisch bereits auf einer Rutschbahn nach unten – auf einer *schwarz-roten*!

In einer solchen Situation braucht das Land eine starke, weit blickende Opposition. Eine

Opposition, die sagt, was Sache ist. Und was jetzt geschehen muss. Diese Opposition – das sind wir.

Also: Worauf kommt es an?

1. Das Land gehört wieder ins Zentrum der Politik; auch des Regierungshandelns. (Da hatte Frau Merkel auch mal Recht: Erst das Land. Dann die Partei. Dann die Personen. Es wäre gut, wenn sich alle daran halten würden.)
2. Klare, erkennbare politische Linien entlang der Alltagsprobleme, die die Mehrheit der Menschen hier haben.
3. Abrechenbare, zeitlich überschaubare, verständliche Konzepte und Projekte, deren Umsetzung man auch verfolgen kann.
4. Gilt es doch, die Regierung zu drängen, sie in die Pflicht nehmen, die Interessen des Landes, der Brandenburger wahrzunehmen, zu vertreten.

Darauf, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir hin arbeiten. *Das* ist die erste Aufgabe einer starken Opposition – nicht die Beteiligung am Koalitionsspoket oder an Neuwahl-spekulationen, nicht taktische Rechenspiele.

Lasst mich im Einzelnen hervorheben, was jetzt im Land geschehen muss:

1. Brandenburg braucht ein Leitbild, einen Entwicklungsrahmen *für alle*; es ist *mehr* als die Metropolenregion Berlin!

Es braucht ein berlin-brandenburgisches Konzept für diese über die Stadtgrenzen der Bundeshauptstadt hinaus reichende Region – insofern muss niemand das mit dem Senat erarbeitete Leitbild wegwerfen. Aber es reicht nicht – das ist das Problem! Viel Arbeit ist noch zu tun, damit Brandenburg, das ein Land der Regionen ist, sich auch als ein solches entwickeln kann.

Die Regierungen wissen, dass Deutschland „*regional gespalten bleiben wird*. ... Das *Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung* ist heute die Realität der Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland.¹ Die Probleme sind räumlich so verschieden, dass die *Entwicklungsstrategien regional und örtlich angepasst* werden müssen.

Wir denken also: Erstens müssen die sich die Regionen ihrer selbst, ihrer Lage und Interessen bewusst werden – und dann muss es zu einem Interessenausgleich dieser unterschiedlichen Regionen kommen. Und zweitens natürlich zu den regional und örtlich angepassten Entwicklungsstrategien.

Das ist der Auftrag an uns, an die Politik, liebe Genossinnen und Genossen! Das ist der Auftrag, dem wir uns stellen, der im Interesse Brandenburgs erfüllt werden muss. Und der eben mit dem Leitbild der Landesregierung allein nicht erfüllt werden würde. Eben deshalb nehmen wir die Sache ernst und selbst mit in die Hand.

Ein solcher Entwicklungsrahmen entsteht nicht am grünen Tisch oder von oben nach Gutsherrenart – sondern im **Dialog**. Wir sind da auf dem richtigen Weg, liebe Genossinnen und Genossen! Unser Jahr des Dialogs hat jetzt begonnen – das ist eine zentrale Alternative zur Regierungspolitik.

Es geht um sehr ernste, harte politische Auseinandersetzungen mit spürbaren Folgen für uns alle im Land. Wo wird noch eine Kita, eine Schule, ein Krankenhaus sein können? Wohin fährt noch ein Bus? Welche Stadt, welche Gemeinde hat noch Zukunft, weil finanziellen Spielraum?

¹Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Raumordnungsprognose 2020/2050. Kurzfassung. Bonn o.J., S. 5

Mit dem Staatsvertrag über das **Gemeinsame Landesentwicklungsprogramm** wird spätestens im Herbst **der harte Kern des Leitbildes der Landesregierung für die künftige Entwicklung deutlich und die sanfte Lyrik der Hochglanzbroschüre hinfällig**, wenn der Entwurf so bleibt. Dem Grundsatz „Stärken stärken“ wird in Brandenburg das Gebot „Schwächen minimieren“ geopfert – und damit ein Konzept verfolgt, das sich angesichts der Realitäten als kontraproduktiv erweist. Natürlich will unsere Fraktion das nicht hinnehmen. Aber allein als Fraktion sind unsere Möglichkeiten begrenzt. Denn der Landtag wird bei Staatsverträgen erst nach Unterzeichnung des Dokuments befasst.

(Vor der Unterzeichnung sind Landesregierung und Senat am Zug – aber man kann nun auch nicht erwarten, dass der Berliner Senat, dass unsere Genossinnen und Genossen dort, dabei die Arbeit erledigen, die in Brandenburg Regierung und Opposition zu erledigen haben. Nein, mit Blick auf dieses Landesentwicklungsprogramm sind wir gefordert, liebe Genossinnen und Genossen! Wir von der Linkspartei in diesem Land. Und wir als Brandenburgerinnen und Brandenburger.)

In dem breiten Dialog, den wir mit diesem Jahr begonnen haben, muss auch deutlich werden, was die Regierung sich noch erlauben kann – und was sie nicht wagen darf, in einen solchen Staatsvertrag hinein zu schreiben. Da braucht es unseren gemeinsamen Einsatz – den von Fraktion, Landesverband, Kreisverbänden, Kreistagsfraktionen. Es braucht unsere konzeptionelle Kraft, unsere besseren Ideen – vor allem aber die Kraft, die Brandenburg gewinnt, wenn wir mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, mit Verantwortungsträgern überall im Land, mit KommunalpolitikerInnen, GewerkschafterInnen und Bürgerinitiativen, mit Sozialverbänden und Kirchen erarbeiten, diskutieren und vertreten, was diesem Land gut tut, was es braucht. Jetzt, in diesem Jahr des Dialogs über Brandenburgs Zukunft, müssen wir alle das immer vor Augen haben!

2. Brandenburg braucht ernsthafte Schritte zu öffentlicher Beschäftigung – und das bei sozial annehmbaren Bedingungen!

Liebe Genossinnen und Genossen, wer hier lebt und wer das Land kennt, der kann doch gar nicht auf die Positiv-Propaganda des neuen CDU-Landesvorsitzenden hereinfallen.

Brandenburg mag mittlerweile eine Selbständigenquote über dem Bundesdurchschnitt haben (und jeder einzelne von ihnen hat unsere ganze Unterstützung!) – zugleich aber steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen (entgegen dem Bundestrend!) deutlich an.

Die Zahlen sind erbarmungslos klar. Um uns nicht dem ewigen Vorwurf des Schlechtedens auszusetzen, kann ich sie uns hier auch nicht ersparen.

Bei der Einführung von Hartz IV im Januar 2005 betraf das 133.000 Menschen – im Januar 2007 waren es 141.000 Langzeitarbeitslose. Einem Plus von rund 8000 standen im Januar 6872 offene Stellen am ersten Arbeitsmarkt gegenüber, in die niemand vermittelt wurde. *(Das ist übrigens auch eine neue Relation: Erstmals liegt der Anstieg der Zahl der Langzeitarbeitslosen über der Zahl der offenen Stellen.)*

Und: Das Nebeneinander von offenen Stellen und immer mehr Menschen, die in die Langzeitarbeitslosigkeit rutschen, verdeutlicht sowohl ein Problem der tatsächlichen Vermittlungsstrukturen als auch der individuellen Vermittlungsvoraussetzungen – Bildung!

123.450 Menschen bilden die so genannten „Aufstocker“. Sie belegen das politische Versagen, den Skandal von HartzIV auf besondere Art: Sie arbeiten, oft die ganze Woche, können aber aufgrund von Niedrigstlöhnen den eigenen Lebensunterhalt nicht bestreiten und müssen deswegen zusätzliche staatliche Leistungen beziehen. Viele der neuen Jobs

sind keine die Existenz sichernden Beschäftigungsverhältnisse.

Das heißt: Die **wirtschaftliche Belegung in Brandenburg geht einher mit einer Vertiefung und Verstetigung der sozialen Spaltung, mit einer zunehmenden sozialen Ausgrenzung.**

Nun hat die SPD-Fraktion auf ihrer Klausur in dieser Woche auch erkannt, das „klare Schritte gegen Langzeitarbeitslosigkeit notwendig“ sind und kündigt einen Koalitionsantrag an, „damit wir diesen Langzeitarbeitslosen *noch besser* helfen können“. „Noch besser“ - was für ein Zynismus! „Alles wird besser..., aber nichts wird gut.“ Die SPD müsste endlich zugeben: HartzIV ist ein schwerer Fehler. Hartz IV fördert Lohndumping. Eine Wende in der Arbeitsmarktpolitik ist nötig. Vor zwei Jahren beschimpfte man unsere Forderung nach Mindestlohn als Populismus. Inzwischen feilschen CDU und SPD seit Monaten angeblich um Mindestlöhne. Ihr kennt das. Nur: Keinem einzigen der über 123 T. betroffenen Menschen ist bisher damit irgendwie geholfen. Nur Gerede! Wenn man die Macht hat, etwas zu verändern, aber einfach nichts tut: Das nenne ich Machtmissbrauch.

Wie viele Sorgen wären Land und Menschen genommen, wenn es diese nach unserer Ansicht acht Euro pro Stunde verbindlich gäbe? Und wenn jetzt wieder gesagt wird, unsere schwache einheimische Wirtschaft könne etwas nicht überleben, was es in allen europäischen Ländern außer Zypern und Deutschland, dann ist das vielleicht einerseits ein fragwürdiges Argument, andererseits aber vielleicht auch eine Herausforderung für die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Man müsste nur mal in Berlin bei Wirtschaftsminister Wolf nachfragen – der weiß eine Menge darüber!

Natürlich muss mehr für Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt getan werden. Zumindest müssten mal die Fördermittel vollständig ausgegeben werden und dürften nicht in den öffentlichen Kassen kleben bleiben.

Es braucht dringend einen wirklichen Durchbruch zu öffentlicher Beschäftigung! Ich frage von hier aus erneut: Warum bitte will die SPD keinen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, wie ihn unsere Fraktion vorgeschlagen hat, und zwar mit einem auf Euro und Cent durchgerechneten Modell für fast 5000 Arbeitsplätze über fünf Jahre? Noch gemeinsam mit Christian Otto erarbeitet hat es Christian Görke im Dezember öffentlich vorgestellt. Bitte nehmt es in die Hand, lest nach, diskutiert es vor Ort!

Wir setzen in unserem Programm z.B. auf:

- verbesserte Bildungsvoraussetzungen der Kinder und Jugendlichen
- bessere Qualität von Ausbildung, um den Fachkräftenachwuchs zu sichern, z.B. für die Beförderung/Sicherung der Nachfolge bei bestehenden Unternehmen
- Existenz sichernde gesetzliche Mindestlöhne
- Verbesserte Förderstrukturen und –instrumente (z.B. verlässlich ausgestattete Regionalfonds und zinslose Kredite)
- Umverteilung von Arbeit, also auch Arbeitszeitverkürzung
- Spezifische Akzente für die Förderung von Jugendlichen

(Die Haushaltsanträge übrigens lagen auf dem Tisch des Landtages – von der Koalition weg gestimmt!)

Christian Görke hat nun per Brief den SPD- und CDU-Arbeitsmarktpolitikerinnen vorgeschlagen, die Sache doch noch einmal sachlich zu besprechen.

(Aber, wie gesagt: nicht a la CDU mit ihrem Modell von Bürgerarbeit! Das wäre Beschäftigung zu schlechteren Bedingungen als beim Ein-Euro-Job. Und beim SPD-Modell von dieser Woche ist es auch noch nicht klar, wie hoch die Entgelte für die Betroffenen sein werden.)

3. Brandenburg braucht eine intelligente Einnahmepolitik sowie eine maßvolle und gezielte Ausgabenpolitik anstatt einer maßlosen Kürzungspolitik.

Schon mit dem für 2007 beschlossenen Haushalt hat die Regierung die Chance für ein Umsteuern vertan. Ihr wisst: Wir haben sachlich dagegen gehalten, wollten u.a. Stellen für Lehrer, für Sozial- und Jugendarbeit erhalten.

Und bereits jetzt scheint absehbar: Der Doppelhaushalt 2008/2009 wird wohl der dramatische Höhepunkt der haushalts- und finanzpolitischen Fehlsteuerung durch diese Koalition. Auf der Ausgabenseite gibt es keine konsequent durchgreifende Stärkung von Bildung und Hochschulen. Geplant sind offensichtlich weitere Kürzungen beim ÖPNV.

Nicht geplant jedenfalls sind ein Umbau bzw. ein Umsteuern in der Förderpolitik. Neue Finanzierungsinstrumente, wie wir sie schon lange fordern, wären so dringend notwendig zur Kompensation absehbarer Einnahmeverluste.

Und bei den Einnahmen hat man sich offenbar endgültig in der Abhängigkeit von Transfers eingerichtet: das Wirtschaftswachstum wird auf für 2008/09 – ungeachtet aller Super-Bilanzen von Herrn Junghanns – nur halb so hoch wie das bundesdurchschnittliche Wachstum angesetzt: 1,3 % vs. Bundesprognose 2,5%. Darf man fragen, welche Ergebnisse denn das Stärken-stärken-Konzept der Regierung bringen? Mit höherem Wachstum und damit Einnahmen aus Beschäftigung und Steuern rechnet sie offenbar nicht einmal selbst. Mit diesem Doppelhaushalt 2008/2009 müssten doch nun aber die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass spätestens 2014 das - aus jetziger Sicht - entstehende Finanzloch kompensiert wird?! immerhin gehen ab 2009 die Solidarpaktmittel um 100 Mio., jährlich zurück, der Einnahmeverlust im Zuge der demografischen Entwicklung wird ca. 80 Mio. • pro Jahr betragen. Und möglicherweise gibt es ab 2014 keine EU-Fördermittel mehr - derzeit sind das noch ca. 400 Mio jährlich.

Was tun?

Die Landesregierung reagiert eindimensional: Für jeden Euro wegfallender Transfers streicht sie einen Euro Ausgaben im Land. Im Prinzip jedenfalls. Nur ist absehbar, dass auf diese Weise das ganze Gefüge des Landes bald auseinander bricht. So kann das Land seine Aufgabe nicht mehr erfüllen.

Wir gehen da anders heran: (Natürlich wollen auch wir Ausgaben überprüfen, sinnlose streichen, das Geld nicht blind oder übermütig im Land verstreuen.)

Im Kern aber muss der Anspruch sein: **Öffentliche Ausgaben sind nicht verlorenes Geld, sondern Investitionen, die sich für die Gesellschaft rechnen müssen.** Das fängt doch schon bei den Lehrer-Gehältern und den Schulen an – wieso sind denn das „konsumtive Ausgaben“?

Oder warum wird öffentliche Beschäftigung immer wieder als Klotz am Bein, als unproduktiver Ballast abgetan? Einerseits gibt es eher mehr als weniger Arbeit im Lande, die getan werden muss – die sich nach marktwirtschaftlichen Kriterien aber nicht rechnet.

Nehmen wir die soziale Versorgung, insbesondere in den ländlichen Räumen. Gerade hier braucht es neue Ideen. Andererseits trägt öffentliche Beschäftigung doch auch zur Sicherung von Einkommen und zur Stärkung der Kaufkraft und auf diesem Wege zu Sta-

bilisierung der einheimischen Wirtschaft und ihrer Steuerkraft bei. Öffentliche Beschäftigung ist so also auch ein Mittel, um Finanzkreisläufe anzukurbeln. Das ist allemal ein besser, als sie auszutrocknen, wie es die Sparpolitik der Regierung bewirkt.

So, denken wir, muss man auch an die Förderpolitik herangehen. (Es gibt sogar den Fachbegriff der „verlorenen Zuschüsse“.) Diese Gelder müssen zu Investitionen werden, die die einheimische Wirtschaft zukunftsfähig machen und die Zukunftsbranchen in Brandenburg entwickeln. Aus jedem Euro muss dabei ein Maximum heraus geholt werden. Deswegen setzen wir auf den Ausbau des Bürgerschaftssystems für die kleinen und mittelständischen Unternehmen – und auf seine Ausweitung auf die Landwirtschaft. Wir wollen die ILB zur Förder- *und* Mittelstands- und Hausbank umbauen. (Antrag im Landtag angelehnt.)

Und schließlich wollen wir die „verlorenen Zuschüsse“ auch ganz formell abschaffen und dafür zinslose Kredite über sog. revolving Fonds vergeben – was der öffentlichen Hand dann auch den Rückfluss von Geld aus solchen Darlehen eröffnet.

Nicht zuletzt, liebe Genossinnen und Genossen, gehört zu einer verantwortungsbewussten, auf Einnahmen orientierten Finanzpolitik noch etwas:

Ein klarer Kopf und ein gerader Rücken der Landesregierung! Warum musste sie im Bundesrat bisher jedem Einnahmeverzicht durch neoliberale Steuerreformen zustimmen? Oder Hartz IV? Erwartet uns etwa wieder nur SPD/CDU-Parteiräson bei den anstehenden Verhandlungen zur Föderalismusreform II? Lässt sich der MP wieder über den Tisch ziehen, wenn es bspw. um die Finanzverfassung geht und um die Neugestaltung eines solidarischen Föderalismus? Und will die Landesregierung Mitte Februar tatsächlich der Gesundheitsreform zustimmen, die diesen Namen nicht verdient und die im Land von allen Betroffenen und Akteuren im Gesundheitswesen abgelehnt wird?

Ja, damit sind wir dann bei Punkt

4. Dem **Bundespolitischen Engagement für die Interessen Brandenburgs.**

Das war in den 90er Jahren schon mal anders vernehmbar. Und es ist doch so nötig! Warum bitte, sind wir als ostdeutsches Land mit all unseren sozialen und finanziellen Problemen dabei so ein Totalausfall? Der Kreis schließt sich: ich erinnere dabei noch einmal an den an Mindestlohn!

Gute Bildung für alle!

Natürlich braucht Brandenburg nach wie vor auch eine **wirklich zupackende Politik in Sachen Bildung** inclusive Kita! Die Kernfrage – die sozial bedingten Zugangsprobleme zu guter Bildung – ist erkannt, wird aber immer noch nicht mit Konsequenz angepackt. Auch hier wird viel darüber geredet – aber am Ende kommt das Gegenteil heraus, wie die erst kürzlich verabschiedete 16. Novelle des Schulgesetzes. Der Landesschulbeirat vergab dafür die Note Ungenügend, Herr Rupprecht, Herr Platzeck!

Konturen einer neuen Politik für Brandenburg – da geht es weiter um **Sozialtickets** und **Familienpässe**. Man sollte nicht – wie die SPD - über Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, über Zugang zu Kultur und auch Erholung reden, wenn man sich solchen Initiativen verschließt. Was hindert Sie hier an einem Schritt wirklicher Bewegung?

Das alles sind unsere Vorschläge - und Schritte, die für eine gute Sozialdemokratin, für einen guten Sozialdemokraten nicht jenseits der Zumutbarkeitsgrenzen liegen dürften.

Wer engagierter sozialer Demokrat ist, sollte von sich aus zu solchen Schlussfolgerungen kommen.

Schauen wir, ob die SPD die Kraft dazu findet.

Wir jedenfalls haben sie.

Wir sind eine Opposition, die weiß, was Brandenburg braucht. Wir gemeinsam wissen, wie man Politik macht. Wir können und wollen dieses Land, in dem wir leben, sozialer gestalten und verändern.

Wir kämpfen für das, was gut für Brandenburg ist. Das ist unser Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger.

Und dabei lassen wir uns durch nichts einengen. Die Grenzen der parlamentarischen Opposition sprengen wir durch Dialog und breite gesellschaftliche Allianzen – ggf. auch durch den Einstieg in eine Landesregierung. Aber wir lassen uns nicht ködern oder kaufen. Für uns ist es nicht entscheidend, Machtposten zu besetzen, sondern Gestaltungsmacht zu nutzen.

Wir sagen: Entscheidend ist, was man mit Macht macht! Wir lassen uns nicht durch Bündnisse mit jemandem einengen, der vielleicht unsere Stimmen, nicht aber unsere Politik will!

Wir lassen uns beim Wort nehmen: Für ein zukunftsfähiges, für ein solidarisches Brandenburg.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir als Linke.PDS sind eine starke Opposition – gut für Brandenburg!

Rede des Parteivorsitzenden Lothar Bisky

Liebe Genossinnen und Genossen, Weggefährten,
sehr geehrte Damen und Herren!

Nächsten Montag fahre ich zu den erfolgreichen Niederländischen Sozialisten, zur SP. Sie haben mich vor zwei Jahren eingeladen, um über die Erfolge der Linken in Deutschland zu reden. Inzwischen haben sie ihr Wahlergebnis verdreifacht, und da ist es wohl besser, wenn ich intensiv zuhöre und weniger über unsere Erfahrungen rede.

Gerade wenn man viel unterwegs ist, wenn man die Debatten im Bundestag erlebt, wenn man andere Bundesländer besucht, dann vergleicht man mit den eigenen Erlebnissen, den unmittelbaren politischen Erfahrungen.

Ob es Kulturdebatten sind oder (verfehlte) Regionalpolitik aufgerufen wird, ob der Kampf gegen Rechtsextremismus oder Bildungsfragen anstehen, eines erlebe ich immer und immer wieder: Ich vergleiche viel mit meinen eigenen Erfahrungen, und deshalb komme ich häufig auf meine politischen Wurzeln zurück, die hier in Brandenburg sind.

Wir haben im Brandenburger Landesverband über 17 Jahre die Geschichte der Linkspartei.PDS, nicht nur miterlebt, sondern auch mitgestaltet, mitgeschrieben.

Und ich finde, dafür müssen wir uns nicht schämen, darauf können wir stolz sein.

Ich möchte, dass wir uns vergegenwärtigen, was wir erlebt, gestaltet und politisch erreicht haben, wenn wir in den Prozess der Partieneubildung gehen, wenn wir uns auf Dortmund im März und Berlin im Juni vorbereiten.

Hier vor Ort haben wir aus dem Erbe einer Staatspartei, der SED, eine Partei des demokratischen Sozialismus entwickelt, plural und ohne Avantgardeanspruch.

Wir wissen, was Selbstveränderung bedeutet, wie der Dialog mit Kirchen und anderen Parteien, wie der Austausch mit Initiativen und mit Bürgerinnen und Bürgern organisiert wird.

Wir haben gemeinsam mit Brandenburgerinnen und Brandenburgern Politik in den Kommunen, eine konstruktive Opposition im Landtag entwickelt.

Inzwischen arbeiten wir intensiv an einem Leitbild für das Land.

Schaut man auf den Zustand der Großen Koalition hier im Land, auf das Dilemma der CDU, auf ihre Petkesierung und Spaltung, dann wächst unsere Gewissheit:

Die Große Koalition ist die falsche Antwort der Brandenburger SPD auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sie ist rückwärts gerichtete Politik der sozialen Kälte.

Da hält die jüngste politische Geschichte Brandenburgs andere Erfahrungen bereit als die Politik der Großen Koalition.

Für uns sind beispielsweise sozialpolitische Debatten mit Regine Hildebrand unvergessen.

Ich denke an den Brandenburger Weg, die PDS ist in Brandenburg verfassungsgebende Partei.

Wir haben bei Bürgerinnen und Bürgern Akzeptanz durch unser kommunalpolitisches Engagement, durch den Druck im Landtag, durch Kampagnen erworben.

Wir haben Wahlniederlagen erlebt und Wahlerfolge gefeiert, im Landesverband und in der ganzen Partei: Ich erinnere nur an 2004 und 2005.

Wir standen oft genug auf halber Treppe und haben doch etwas erreicht, was uns niemand zugetraut hätte.

Der Brandenburger Landesverband ist ein lebendiges Beispiel für die vielen Facetten, die sich hinter der nüchternen Analyse verstecken, dass die PDS im Osten eine Volkspartei ist.

Und weil das so ist. Nehme ich auch Sorgen im Zusammenhang mit der Partieneubildung ernst und betone noch einmal: Wir geben im Prozess der Partieneubildung unsere Identität nicht preis, wir erweitern sie.

Anrede,

Ich möchte auch an Erfahrungen der ganzen Partei erinnern, die wir mitgetragen, manchmal auch mit durchlitten haben. Als aus Gründen der Marktbereinigung der rentable Thomas-Müntzer-Schacht in Bischofferode geschlossen wird, da entwickelt der Protest auch eine Welle der Solidarität.

Es entsteht wirklich eine erste große kritische Sicht auf die gravierenden Fehler der Vereinigung.

Und es gab auch den Moment, als die Existenz der PDS, die wir zuerst und bis heute unseren älteren Genossinnen und Genossen zu verdanken haben, auf dem Spiel stand, indem uns einfach entscheidende materielle Grundlagen entzogen werden sollten.

Ich erinnere an den Hungerstreik in der Volksbühne...

WIR HABEN NICHT DEN Kopf in den Sand gesteckt, wir haben gekämpft.

Kopf hoch - nicht die Hände!

Das Engagement unserer Mitglieder, jeder und jedes einzelnen, hat es ermöglicht: Die PDS wurde zunehmend ernst genommen, weil sie beispielsweise die Zerschlagung der ostdeutschen Medienlandschaft, der kulturellen Infrastruktur und die Ignoranz gegenüber den ostdeutschen Erfahrungen in Bildung und Gesundheit bekämpft hat.

Uns ist der Austausch zu Vereinen und Verbänden gelungen, wie OWUS, den Dialog mit Sozial- und Umweltverbänden, Kirchen und vielen anderen.

Wir waren uns nicht zu schade, manchmal einsamer Rufer in der Wüste des politischen mainstreams zu sein und da war noch gar nicht an eine Agenda 2010 oder eine Rente mit 67 zu denken.

Wir Brandenburger wissen zu gut, wie komisch die Einsichten unseres Ministerpräsidenten gewesen sein müssen, als er sich ostdeutsche Erfahrungen in Finnlands Schulen erar-

beiten durfte.

Heute jammert jede politische Richtung über die Bildungsmisere, nur meistens ohne Konsequenz. Stattdessen grassieren Studiengebühren und bildungspolitische Kleinstaaterei. Den Dialog zu führen für ein Brandenburg der Regionen, eine Leitbilddebatte öffentlich zu machen, das hat – so sehe ich das - bundespolitische Bedeutung. Deshalb kann ich Euch auf diesem Weg nur bestärken.

Auch der Fokus auf die Demokratieentwicklung ist am Ende keine Frage eines Bundeslandes. Doch richtig ist zugleich, dass wir hier im Land beginnen, konkrete politische Vorschläge zu machen.

Entscheidend ist auch, dass unsere Bundestagfraktion dies weitertreibt, dass wir gemeinsam konsistente Politik entwickeln. Deshalb halte ich nicht viel davon, im Bremer Wahlkampf Berliner Landespolitik zu diskutieren. Doch ich halte viel davon, sich über Leitbilder und politische Erfahrungen in den Regionen bundesweit auszutauschen. Ich denke, da stehen wir erst am Anfang. Ich denke, dazu muss die neue Linke noch viel stärker werden, besonders im Westen.

Doch auch im Westen haben wir bescheidene Erfahrungen gemacht, wie die PDS-Hochschulgruppen, die Mitarbeit in Bündnissen, die wir in die neue Linke mitbringen.

Dies war gerade vor zwei Wochen beim Hochschulkongress spürbar. Mit 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist uns hier ein erfolgreicher Dialog gelungen.

Anrede,

Heute tagt der Landesverband der Linkspartei.PDS Brandenburg in dieser Form das letzte Mal. Nicht weil wir uns auflösen, sondern erweitern wollen.

(Wir tagen also nicht das letzte Mal.)

Da ist es Zeit, den Erfahrungsschatz aus über 17 Jahren PDS nicht nur hochzuhalten, sondern ihn bewusst in den produktiven Austausch mit den Freunden der WASG zu bringen, mit anderen, die sich für die neue Linke interessieren und vielleicht engagieren.

Unsere Identität als demokratische Sozialisten und Sozialistinnen bringen wir in die Parteineubildung mit.

Unsere Identität als ostdeutsche Volkspartei bringen wir in die Parteibildung mit.

Unsere Hartnäckigkeit, die soziale Frage in den Kommunen, im Land, im Bund, in Europa neu zu stellen, bringen wir in die Parteibildung mit.

Unser Verständnis von der Unteilbarkeit der Freiheitsrechte und der sozialen Rechte bringen wir in den Parteibildungsprozess mit.

Unsere Ansätze – feministische Politik und die Linke – zusammen zu denken, bringen wir in Parteibildung mit.

Unser programmatisches Verständnis - dass eine linke Partei mit Gebrauchswert – konkrete Reformalternativen vorlegen muss, daran halten wir fest.

Unser strategisches Verständnis, dass Protest und Gestaltungsanspruch zusammengehören – und zwar zusammen mit dem utopischen Potential einer Alternative zu den beste-

henden Verhältnissen - auch das bringen wir mit in die Parteineubildung.

Ich denke wir bringen auch manch offene und immer wieder zu stellende Frage mit nach Dortmund und in den weiteren Prozess der Parteineubildung.

Wie werden die Linken endlich eine Bildungs- und Kulturpartei?

Daran müssen wir weiterarbeiten, in einer neuen Linken erst recht.

Uns muss die Gesellschaftsanalyse bewegen, die mit der wachsenden Wissensindustrie, der Globalisierung, mit der europäischen Integration verbunden ist.

Auch das ist für uns – nicht nur in den Grenzregionen – ganz konkret. Polen hat gerade die gesetzliche Rente abgeschafft. Wir kämpfen hier um unser Lohnniveau, um den gesetzlichen Mindestlohn. Die Einsicht ist längst da: europäische Sozialstandards und harmonisierte Steuern brauchen wir besser heute als morgen.

Deshalb sind wir aktives Mitglied der europäischen Linken. Die EU muss sich an einer friedlichen Lösung des Nah-Ost-Konflikts beteiligen. Das ist nicht nur eine Forderung der Linken, es ist eine historische Erfahrung unseres Kontinents und das werden wir einbringen.

Wir wissen, dass Politik konkret ist, in der Ruppiner Heide beginnt und bei friedlichen Protesten zum G8 Gipfel nicht aufhört. Deshalb wird ein neues linkes Parteiprojekt, eine bundesweit aktive Linke in Deutschland gebraucht.

Lang genug habe ich von der notwendigen Identitätserweiterung gesprochen.

Ich stelle mir die neue Linke wie ein Projekt mit Hybridantrieb vor.

Wir legen jetzt die Grundlagen, damit die neue Linke, modern und intelligent handelt, damit das, was von der PDS bleibt und das was die WASG mitbringt, aufgenommen wird. Hybridantriebe funktionieren so, dass in einem gemeinsamen Prozess alle eingebrachten Komponenten richtig genutzt und nicht nur verbraucht werden.

Verschiedene Kraftstoffe, verschiedene Antriebssysteme – ein Motor, das ist die neue Formel.

Ich bin froh, dass die Linkspartei.PDS in Brandenburg diesen Prozess verantwortlich mit trägt.

Damit es gelingt, ist es wichtig zu wissen, wo unsere Wurzeln, unsere Erfahrungen, die offenen Fragen und unsere Erfolge sind.

Deshalb gehört eine Vergewisserung darüber nicht nur zu diesem Parteitag, sondern auch in den notwendigen Austausch, in die Politikentwicklung der neuen Partei.

Wir müssen als Linke stärker werden. Solche Unverschämtheiten der Großen Koalition wie die gestern angenommene Gesundheitsreform, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Rente mit 67, die Heuchelei in der Außenpolitik wie nicht nur, aber erneut durch die Untersuchungsausschüsse belegt.... können nur durch eine starke Linke gestoppt werden. Deshalb fahre ich lernbegierig nach Holland, und vielleicht schaffen wir auch etwas mehr....

Danke!

Rede des MdB Wolfgang Neskovic

Liebe Mitstreiterinnen, Liebe Mitstreiter,

vor gar nicht langer Zeit haben wir uns auf dem Parteitag in Cottbus getroffen.

Dort hatte ich die Gelegenheit, mich für eine deutlichere Betonung des Rechtsstaates in Eurem Leitbild stark zu machen.

Und heute gibt es aus Euren Reihen bereits ein Diskussionspapier, das diesen Ansatz nicht nur aufgreift, sondern schon weiterentwickelt.

In Cottbus ging es mir ja darum, Euch für das Leitbild einen Aspekt zu nennen, von dem ich meinte, er fehlte noch. Heute will ich meine Ausführungen um notwendige Überlegungen ergänzen und erweitern. Ich will zum sozialen Rechtsstaat reden und damit im Kern zum Sozialstaat. Die Ausgangssituation hierzu ist eine ganz andere als bei meiner vergangenen Rede.

Euer Leitbild enthält nicht nur eine große Vielzahl von richtigen und wichtigen sozialstaatlichen Forderungen, es kennt auch bereits konkrete Strategien, wie sich diese Forderungen landespolitisch umsetzen lassen.

Das ist ein detailreiches Bild, zu dem es aus meiner Sicht nichts zu ergänzen gibt.

Es kann mir heute also nur die Aufgabe zu kommen, Euch bei diesen Forderungen den Rücken zu stärken.

Und ich denke, ihr braucht alle Kraft, die ihr bekommen könnt, um Euch mit euren sozialpolitischen Forderungen durchzusetzen.

Das gesellschaftliche Klima in unserem Land ist auf den Abbau und nicht auf den Aufbau sozialstaatlicher Standards getrimmt.

Es ist ebenso schwierig, wie dringend erforderlich, diesem Klima wirkungsvoll entgegenzutreten.

(...)

In Cottbus ließ ich in meiner Rede den „Herrn Rechtsstaat“ sagen, für sehr viele dringliche Fragen, sei nicht er - der Rechtsstaat - sondern seine kleine Schwester „die Frau Sozialstaat zuständig.“

Diese Feststellung des Herrn Rechtsstaat darf so nicht stehen bleiben.

Ich möchte daher für die Familienverhältnisse klarzustellen: Der Sozialstaat ist **nicht** die **kleine** Schwester des Rechtsstaates.

Der Sozialstaat ist ganz und gar nichts **Kleineres**, sondern von gleichem Verfassungsrang wie Rechtsstaat, Demokratieprinzip, föderale Verfasstheit und Grundrechtskatalog.

Ohne den Sozialstaat gibt es keine echte Rechtsstaatlichkeit und umgekehrt.

Denn das Soziale verhilft auch dem zum Recht, der sich das Recht ohne Hilfe nicht leisten könnte.

Und nur der Rechtsstaat vermag es, die gerechte Teilhabe der Menschen am Reichtum der Gesellschaft in verlässlicher Weise dauerhaft zu sichern.

Wer das in Deutschland heute so sagt, den nennt man einen Linken.

Diese Position entstammt aber keinem linken Grundsatzpapier.

Sie ist auch nicht etwa das jüngste Arbeitsergebnis meiner Fraktion am Bundestag.

Man muss nicht einmal links orientiert sein, um darauf zu stoßen.

Die Bundeskanzlerin hat vor ein und einhalb Jahren ihren Amtseid auf diese Position geschworen und auch das Kabinett ließ sich nicht lumpen und tat es ihr nach.

Ein ganzes Heer an motivierten Geheimdienstlern wird unterhalten, um genau diese Position vor inneren und äußeren Bedrohungen zu schützen.

Jetzt werdet Ihr sagen: „*Na das wäre doch prima; Glaube ich aber nicht!*“

Was sich anhört, wie eine verrückt gewordene Welt mit vertauschten Positionen, wird schnell erklärbar, wenn man unsere Verfassung zu Rate zieht.

Das Grundgesetz selbst verpflichtet die gesamte Staatsgewalt zur Beachtung des hohen Ranges des Sozialstaates.

Wenn also die Bundeskanzlerin ihren Amtseid auf dieses Grundgesetz schwören konnte, so hat sie auch auf die Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat geschworen.

Dass Sie es tat, sagt rein gar nicht über die Qualität der Verfassung aus, wohl aber über die Eidestreue der Bundeskanzlerin.

Steht es mit diesem Eid in Einklang, wenn sie ihre Richtlinienkompetenz im Kabinett zum Raubbau am Sozialstaat gebraucht?

Liegt Eidesbruch von Sozialminister Müntefering vor, wenn er sein Haus anweist, dem Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem eine ohnehin schon sozialstaatswidrig niedrige Unterstützung auch noch an eine Gegenleistung geknüpft wird?

Wenn schließlich der Verfassungsschutz Mitglieder der Linken überwacht, so schützt er nicht etwa die Verfassung, sondern er sichert - ganz im Gegenteil - die Bestrebungen derjenigen, die sie täglich unbeachtet lassen...

... und er forscht diejenigen aus, die darum kämpfen, dass die Versprechungen - **oder sollte ich besser sagen: „die Verheißungen“** - der Verfassung ihre Lebenswirklichkeit erreichen.

Es scheint also, als machen hier sämtliche Leute ihre Arbeit nicht oder nicht richtig.

Wie kann das sein? Was ist hier los?

Es macht aus neoliberaler Sicht vollkommenen Sinn, die Verfassung zu ignorieren.

Und es macht auch Sinn, Menschen zu überwachen, die die Verfassung ernst nehmen.

Denn unser Grundgesetz ist alles andere als eine neoliberale Verfassung.

Diese Verfassung ist mindestens eine soziale, wenn nicht sogar eine sozialistische Verfassung.

Gleich im ersten Artikel des Grundgesetzes heißt es:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

In Würde lebt nicht schon, wer nur schlicht überlebt.

In Würde lebt ein Mensch, der neben der Ernährung auch eigene Unterkunft, notwendige Kleidung, Fahrtmöglichkeiten, kulturelle Einflüsse und die Möglichkeit zur Bildung und Selbstverwirklichung erhält.

Deswegen nimmt der nach Hartz IV festgesetzte Regelsatz von dreihundertfünfundvierzig Euro den Menschen ihre Würde.

(-)

Wer den Weg zum demokratischen Sozialismus im Grundgesetz sucht, kommt jetzt zur nächsten Vorschrift:

In Artikel 14, Absatz 1 wird das Eigentum gewährleistet. Nicht jedoch die Form des Eigentums.

Danach sind alle Formen des Eigentums vom Alleineigentum, über das Teileigentum hin bis zum gesellschaftlichen Gemeinschaftseigentum denkbar.

Das Grundgesetz begnügt sich jedoch nicht mit dieser Garantie. Vielmehr formuliert Artikel 14, Absatz 2 unmissverständlich:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“
Damit löst sich das Grundgesetz von den Wertungen jenes Gesetzbuches aus dem Jahre 1900, das man zu Recht als *Bürgerliche* bezeichnet.

Danach konnte der Eigentümer einer Sache, mit dieser nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.

Mit dieser überkommenen Vorstellung vom Eigentum räumt das Grundgesetz auf, in dem es das Eigentum in eine gesellschaftliche Verpflichtungsbeziehung stellt.

Ich will das an einem Beispiel erläutern, dass jedem Jurastudenten in seiner Ausbildung begegnet:

Stellt Euch eine wunderschöne, große, prächtige Rotbuche vor, deren Anblick das Herz der Menschen erfreut.

Stellt Euch nun vor, diese Rotbuche steht auf Eurem Grundstück - ausgerechnet vor der Terrasse, die sie mit ihrem üppigen Blattwerk verschattet.

Ein Ärgernis!

Zumal auch der Kamin nach Brennholz schreit.

Ihr erinnert Euch an die Bürgerliche Vorschrift, wonach der Eigentümer einer Sache mit ihr nach Belieben verfahren kann.

Also packt Euch die Lust und ihr die Kettensäge, um dem Baum zu Leibe zu rücken.

Jetzt fällt Euch die Gemeinschaft in die Hand und ruft:

„Eigentum verpflichtet!“

Ihr dürft es nicht, weil die Sozialpflichtigkeit des Grundgesetzes genau dies verhindert.

Und was für Rotbuchen gilt, gilt auch für Banken.

Auch ihr Eigentum am Kapital dient nach dem Grundgesetz zugleich dem Wohl der Allgemeinheit.

Was heißt das?

Durch Gesetz könnte zum Beispiel die dienende Funktion des Eigentums auch für die Gesellschaft - und nicht allein für die Kapitaleigner - nutzbar gemacht werden.

Und zwar, indem die Banken verpflichtet werden, bei der Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand nicht den marktüblichen Zins, sondern zum Beispiel nur 2 Prozent verlangen dürfen.

Das wäre eine echte Gemeinschaftsleistung der Banken und eine Wohltat für uns alle.
Das ganze Gerede von der Staatsverschuldung könnte bald abflauen.
Ihr seht, welche Schätze unsere Verfassung enthält. Wir müssen sie nur heben!
Aber lasst uns weiter den Weg des Sozialen im Grundgesetz verfolgen.
Denn jetzt nimmt das Grundgesetz so richtig Fahrt auf.
Nach Artikel 14 folgt Artikel 15. Dort findet sich für neoliberale Denker und Handler Erschreckendes.

Ich lese vor:

„[Sozialisierung, Überführung in Gemeineigentum]

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Das Grundgesetz stellt also fest, dass bei zentralen Gemeinschaftsgütern der Gemeinschaftsgedanke und **nicht** das private Eigeninteresse im Vordergrund steht.

Wer im Grundgesetz dagegen nach einer Grundlage für die **Privatisierung** von Staatseigentum sucht, wird dabei erfolglos bleiben.

Das ganze Gerede vom schlanken Staat findet an keiner Stelle unserer Verfassung irgendeine erkennbare Grundlage.

Deswegen gilt, was in unserem Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005 zu lesen ist:

„Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personennahverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung ...

... und das Bildungswesen sind Leistungen, die im Interesse des Gemeinwohls sicherzustellen sind. Leistungen der Daseinsvorsorge und öffentlichen Dienste von allgemeinem Interesse dürfen nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden. Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden.“

Diese Wahlaussage ist eine echte Verteidigungsschrift für den sozialistischen Geist unseres Grundgesetzes.

Und nun zum krönenden Abschluss unserer Reise durch das Grundgesetz:

In Artikel 79 Abs. 3 befindet sich eine Bestimmung, die weltweit einmalig ist und nur vor dem Hintergrund der Besonderheiten unserer Geschichte zu verstehen ist.

Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes waren so misstrauisch gegen ihre Nachfahren und damit auch gegen uns, dass sie für alle Zeiten unabänderlich festgelegt haben, dass bestimmte und zentrale Werte unserer Verfassung nicht mehr zur Disposition des Volkes stehen.

Hierzu zählt auch das Sozialstaatsprinzip.

Deswegen gilt:

Wer uns sagt, wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, ist ein Verfassungsfeind, bestenfalls ein Verfassungsignorant.

(..)

Auch wenn das Grundgesetz keine nähere Erläuterung vornimmt, welche politischen Kon-

sequenzen das Sozialstaatsprinzip hat, so sind folgenden Grundsätze nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes bislang unstrittig:

- Entgegen der neoliberalen Propaganda ist der Sozialstaat ein **starker, aktiver** Staat, wenn es um die **Gestaltung** von Wirtschaft und Gesellschaft geht. Dafür braucht er die notwendigen Einnahmen. Deswegen ist eine gerechte Steuerpolitik erforderlich und keine staatliche Reichtumspflege.

- Entgegen der neoliberalen Propaganda gilt **nicht** der Grundsatz der Eigenvorsorge, wenn es um die allgemeinen Lebensrisiken geht. Sondern es ist Aufgabe des Sozialstaates, seine Bürger gegen Lebensrisiken zu sichern.

- Entgegen der neoliberalen Propaganda zielt der Sozialstaat auf Ausgleich und auf soziale Gerechtigkeit ab.

Fasst man zusammen, so bleibt die Feststellung:

Das Grundgesetz gewährleistet nicht nur den Sozialstaat, sondern es ist eine ideale Verfassung für einen demokratischen Sozialismus.

(...)

Ich meine, es hilft ganz erheblich, wenn man die Verfassung in der politischen Auseinandersetzung auf der eigenen Seite weiß.

Ihr seht, was die Verfassung für unsere politische Argumentation bereit hält.

Wir wären töricht, wenn wir auf die soziale Kraft dieser Verfassung in der Diskussion mit dem politischen Gegner verzichten würden.

Als Linke haben wir bislang viele unserer politischen Forderungen mit dem humanistischen Ideal begründet, obwohl doch das Grundgesetz unsere Sprache spricht und unsere Gedanken enthält.

Aber auch als Jurist und gerade als Jurist ist mir natürlich bewusst, dass rechtliche Grundsätze wenig nützen, solange nicht die Macht besteht, sie auch durchzusetzen.

Ich sagte es am Anfang schon: das Klima in unserem Land ist auf den **Abbau** sozialer Standards getrimmt, nicht auf deren **Ausbau**.

Wer heute in Deutschland für den Sozialstaat eintritt, hat es schwer.

Er liegt nicht im Trend.

Er pfeift die falschen Lieder.

Es heißt heute, der Sozialstaat sei ein unzeitgemäßer, steinalter bismarkscher Einfall, der dann in den guten Jahren der Bundesrepublik zur überschätzten Weisheit geraten sei und heute allenfalls nur noch als Schnapsidee taugt.

Die politische Mitte singt dieses Lied aus voller Brust.

Allenfalls die Anzahl der Strophen variiert noch zwischen CDU und SPD.

Auch die Medien singen das Lied zu allermeist mit. Von **Reformstau** ist die Rede und von einem fehlenden **Mut der Politik** das Unbeliebte zu tun.

Als sei es ein erstrebenswertes Ziel von Politik, den Menschen zu schaden.

Das Lied ist zum Gassenhauer geworden. Nicht nur die Politik und die Medien pfeifen es.

Leider ist es auch ein Ohrwurm für Viele in der Bevölkerung geworden.

Man hört das dumme Lied natürlich auch am Kneipentisch.

Jeder kennt eine Geschichte von einem der gesund und kräftig ist, aber nicht arbeiten mag. Die **kleine Geschichte** wird dann schnell zu einer **großen Verleumdung** von Millionen, die sich nach Arbeit sehnen, um Arbeit kämpfen aber keine erhalten.

Der schrille Chor, der vom Ende **des Sozialstaates** singt, überschreit derzeit die vielen leisen vernünftigen Stimmen, die gute Einfälle, die richtigen Vorschläge.

Dieser Chor übertönt zur Zeit auch noch uns.

Wir müssen uns deshalb der Frage stellen, welche Rahmenbedingungen einst den Sozialstaat hervorbrachten.

Wir müssen uns auch mit der Frage auseinandersetzen, welche Rahmenbedingungen heute seine Verteidigung so erschweren.

(...)

Als das fortschrittliche Grundgesetz einst **geformt** wurde, piff man nämlich ein ganz anderes Lied.

Man piff das viel schönere, gar nicht dumme Lied von der **Notwendigkeit** des Sozialstaates.

Der Sozialstaat als ein Schutzengel für Jeden Einzelnen.

Dabei geht es nicht nur darum, das bloße Überleben der Menschen zu sichern, sondern es geht um die Sicherung ihrer Lebensqualität.

Der Sozialstaat ist die gerechte Korrektur, um das Gerechtigkeitsrisiko auszugleichen, dass darin besteht, arm oder reich geboren zu werden, begabt oder unbegabt zu sein, stark oder schwach zu sein.

Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der ohnehin schon hat und er nimmt schon gar nicht dem, der ohnehin wenig hat.

Er ist ein Staat, der es den Menschen ermöglicht, sich auf Augenhöhe zu begegnen.

(..)

Und der Sozialstaat – so sagte man das bei der Beratung des Grundgesetzes – sei die einzige Möglichkeit, den Sozialismus in der Bundesrepublik zu verhindern.

Hinter der Idee des Sozialstaates stand ein ganz enormer Druck.

Die Geschichte stellte diesen Druck her.

Als das Grundgesetz geschrieben wurde, ging ein frischer Riss durch Europa und die Welt.

Der Riss teilte die Ökonomien auf.

Er trennte die Vorstellungen zum Aufbau der Gesellschaft.

Er **zerriss** die Vorstellungen zur Zukunft der Menschheit.

Der Riss verlief zwischen den kapitalistischen Staaten und den sozialistischen Staaten und bedrohte so die Zukunft der gesamten Menschheit.

Der Riss war aber auch von Anfang an eine Quelle für einen **Wettbewerb** zwischen Ost und West.

Es ging bei diesem Wettstreit um die Fragen,

- welches Gesellschaftssystem den Menschen die meisten Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung gewährte,

- ihre materiellen Bedürfnisse am überzeugendsten befriedigte,
- ihnen nicht nur Freiheit, sondern zugleich soziale Gerechtigkeit bot.

Das Grundgesetz wurde im Bewusstsein dieses Wettbewerbes entworfen.

Es wurde im Bewusstsein dieses Wettbewerbes interpretiert, angewandt und weiterentwickelt.

So manche alte sozialdemokratische Forderung entsprach nun plötzlich zufällig dem katholischen Sozialgedanken.

So mancher Widerspruch zwischen Arbeiter- und Unternehmerinteressen ließ sich glätten oder verschwand.

Denn es ging schließlich um nichts weniger, als die Fortführung der kapitalistischen Wirtschaft als solche.

Folgerichtig entwarfen die Verfasser des Grundgesetzes das Regelwerk eines **anpassungs-fähigen, sozial lernfähigen Kapitalismus**'.

Und dieses Regelwerk wurde gepflegt.

Es wurde genutzt, um dem Kapitalismus immer wieder ganz erhebliche Zugeständnisse abzurufen.

Als Schaufenster zum Osten, war sich die Bundesrepublik stets darüber bewusst, dass man die Lebensqualität ihrer Bürger genau beobachtete.

Auch damals fanden Globalisierungsprozesse statt.

Die Automatisierung und Robotisierung begann bereits in den späten sechziger Jahren.

Die „Ein-Kind-Familie“ bürgerte sich ein.

Die Einzahler in die sozialen Sicherungssysteme wurden weniger.

Die Menschen lebten länger und gesünder.

Die notwendigen Ausgaben der sozialen Sicherungssysteme stiegen.

Jede Menge internationaler Krisen gefährdeten immer mal wieder die heimische Wirtschaften.

Dennoch hätte niemand (!) vor 1989 den politischen Selbstmord unternommen, die Auswirkungen dieser Prozesse als Rechtfertigung für eine Demontage des Sozialstaats anzuführen.

(...)

Und dann endete der kalte Krieg.

Der Riss, der durch die Welt ging, verschwand.

Doch auch die Konkurrenz zwischen den Systemen endete.

Mit dem Ausgang des Systemkonfliktes hat sich der Kapitalismus schrittweise und zunehmend erfolgreich der lästigen Begrenzungen und Disziplinierungen entledigt, die ihm in vierzig Jahren kaltem Krieg auferlegt wurden.

Ein Schlagwort des Kapitalismus ist bekanntlich das Wort vom **Wettbewerb**.

Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass dem Kapitalismus selbst - als System - ganz offenbar der Wettbewerb verloren gegangen ist.

Es existiert schlicht kein ernstzunehmendes politisches Konkurrenzmodell, mit dem er

sich messen müsste.

Und genau darunter leidet die Qualität der Marke „Kapitalismus“.

Wir erleben die große Renaissance des rücksichtslosen Kapitalismus', der nur noch Gewinninteressen kennt, weil er seinen Selbsterhalt nicht mehr gefährdet sieht.

Ich denke, hier liegt die wesentliche Ursache für Sozialabbau und zugleich die Ursache für den hartnäckigen Widerstand gegen den Ausbau sozialer Rechte.

Hier liegt der wesentliche Grund dafür, dass die Reichen immer reicher und die Armen ärmer werden.

Das ist der Grund, warum der klamme Staat es nicht wagt, seine Kassen durch eine stärkere Besteuerung der hohen und höchsten Einkommen wieder zu füllen.

Es fehlt der Druck hinter den politischen Entscheidungen.

Es fehlt der Druck, der die Erkenntnis auch bei den Unwilligen beflügelt.

Wenn es jemanden gibt, der diesen Druck wieder ausüben könnte....

DANN SIND DAS WIR!

Wir sind heute als demokratische Linke die produktive Konkurrenz zur Marke Kapitalismus. Dafür benötigen wir nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die besseren Argumente. Die haben wir.

Leider ist es uns bislang nicht gelungen, dafür zu sorgen, dass genügend Leute das auch bemerken.

Wir benötigen mehr Wähler, mehr Anhänger, mehr Umdenken. Wir benötigen dazu eine deutliche Sprache.

Wenn der Kapitalismus sich zunehmend auf das nutzlose Kunststück reduziert, mit immer weniger Beschäftigten immer mehr Waren zu produzieren, die sich dann ein Heer an Beschäftigungslosen nicht mehr leisten kann ...

... dann muss er sich wohl oder übel mit der Frage auseinandersetzen, ob er überhaupt noch ein zukunftsfähiges Gesellschaftsmodell ist. **Ein Wirtschaftssystem unterliegt keinem Selbstzweck.** Es hat den gesellschaftlichen Zweck, als Nutzen bei möglichst vielen Menschen anzukommen. Kommt dieses Wirtschaftssystem bei **immer mehr** Menschen **immer weniger** an, dann ist es auch **immer mehr** nutzlos.

Als demokratische Sozialisten stellen wir heute den Kapitalismus erneut vor die Wahl: **Nimm unsere Vorschläge an!**

Zeige, dass Du Deine ökonomischen Potenz auch wieder dafür verwendest, die sozialen Probleme zu lösen – Dann zeigst Du, dass Du immer noch zukunftstauglich bist.

Oder produziere wachsendes Elend und Perspektivlosigkeit – dann werden wir, dann müssen wir mit dem Willen der Wähler und Wählerinnen dafür Sorge tragen, . dass es endlich jedem Menschen ermöglicht wird,

- in **Freiheit**,

- in **gerecht** verteiltem **Wohlstand**

- und in **Würde** zu leben.

Ich danke Euch.

Beschluss „Vereinbarung zwischen WASG und Linkspartei Brandenburg“

Der Landesparteitag beschließt die im Entwurf beigefügte Vereinbarung mit der WASG Brandenburg und die damit verbundenen Satzungsänderungen.

Der Landesparteitag beschließt, den Landesvorsitzenden zu beauftragen und zu ermächtigen, die im Entwurf beigefügte Vereinbarung mit der WASG Brandenburg abzuschließen.

Nach Abschluß der Vereinbarung treten die Bestimmungen der Vereinbarungen an die Stelle der diesbezüglichen Regelungen in der Landessatzung. Die Landessatzung findet nur insoweit Anwendung als die Vereinbarung hierfür Raum läßt.

Entwurf

Vereinbarung
zwischen

der Linkspartei.PDS Landesverband Brandenburg,
Alleestraße 3 in 14469 Potsdam,
vertr. d. d. Landesvorstand,
dieser vertr. d. d. Vorsitzenden Thomas Nord (Linkspartei.PDS)

und

der WASG Landesverband Brandenburg,
Alleestraße 3 in 14469 Potsdam,
vertr. d. d. Landesvorstand,
dieser vertr. d. d. Ersten Sprecher des Landesvorstands Steffen Hultsch (WASG)

Die Vertragspartner sind Landesverbände der Bundesparteien Die Linkspartei.PDS und WASG. Die Vertragspartner begrüßen die Absicht der Bundesverbände, sich in der Partei DIE LINKE. zu vereinen.

Sie beabsichtigen gemeinsam, in einem fairen und gerechten politischen Umgang miteinander, der neue Landesverband Brandenburg von DIE LINKE. zu werden.

Angesichts der auf der Bundesebene beider Parteien beabsichtigten Schritte zur Bildung der Partei DIE LINKE. vereinbaren die Vertragspartner gegenseitig folgende eigene Schritte sowie Rechte und Pflichten.

1.

Die Vertragspartner erarbeiten gemeinsam die Entwürfe der Gründungsdokumente des Landesverbands von DIE LINKE., nämlich die Landessatzung, die Landesfinanzordnung. Sie stützen sich dabei auf die Bundesdokumente. Die Vertragspartner werden prüfen, ob weitere Ordnungen auf Landesebene zu schaffen sind oder ob Bundesordnungen auf Landesebene anwendbar erklärt werden können (z.B. Schiedsordnung Rahmenwahlordnung o.ä.)

Beide Vertragspartner tragen dafür Sorge, daß in ihren jeweiligen Landesverbänden die Gelegenheit zur breiten Diskussion der Entwürfe in der Mitgliedschaft geschaffen wird und Kritik, Anregungen und Meinungen angebracht werden können.

2.

Die Linkspartei.PDS verpflichtet sich, die für die Umsetzung des Vereinigungsprozesses bei ihr notwendigen Satzungsänderungen vorzunehmen. Dazu wird die Linkspartei.PDS diese Vereinbarung mit satzungsändernder Mehrheit auf einem Landesparteitag beschließen. Soweit die hier getroffenen Vereinbarungen von der bisherigen Satzung der Linkspartei.PDS abweichen, sind sie bei der Linkspartei.PDS satzungsändernd. Satzungsändernde Regelungen sind nur in der Zeit vom 03.02.2007 bis zum 1. ordentlichen Landesparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg wirksam.

3.

Die Vertragspartner vereinbaren, daß der Gründungsparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg zum 08.09.2007 einberufen werden soll. Ausgehend von der auf Bundesebene vorgesehenen Verschmelzung der Parteien durch Aufnahme der WASG in die Linkspartei.PDS wird die Linkspartei.PDS Landesverband Brandenburg spätestens bis zum 20.03.2007 den Gründungsparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg zum 08.09.2007 einberufen.

4.

Durch die beabsichtigte Verschmelzung auf Bundesebene am 15./16.06.2007 wird die WASG nach diesem Datum formal nicht mehr bestehen. Deshalb vereinbaren die Vertragspartner zur angemessenen Vertretung dann ehemaliger Mitglieder der WASG auf dem Gründungsparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg bereits jetzt folgendes Verfahren.

Die WASG verpflichtet sich vor dem 15.06.2007, nämlich am 02.06.2007, einen Landesparteitag durchzuführen. Hierzu wird die WASG einen Delegiertenschlüssel von einem Delegierten pro vier Mitglieder (1:4) durch den Landesvorstand beschließen. Auf diesem Landesparteitag wird die WASG die Gründungsdokumente beraten.

Die Vertragspartner vereinbaren, daß die Delegierten des Landesparteitags der WASG nach ihrer Wahl neben ihrer Eigenschaft als Mitglieder der WASG eine Basisorganisation beim Kreisverband Brandenburg an der Havel der Linkspartei.PDS bilden werden. Doppel-

mitglieder der Linkspartei.PDS unter den Delegierten melden sich zu dieser Basisorganisation um bzw. an. Nurmitglieder der WASG haben zunächst Symphatisantenstatus und werden nach der Vereinigung auf Bundesebene voll stimmberechtigte Mitglieder dieser Basisorganisation, weil sie dann Mitglieder von DIE LINKE. sein werden. **Die Linkspartei.PDS wird nach Bildung dieser Basisorganisation eine Veränderung des Delegiertenschlüssels für die Tagung des Gründungsparteitags beschließen, der für den die Basisorganisation aufnehmenden Kreisverband eine Erhöhung der Delegiertenzahl um die Zahl der Delegierten zum WASG-Landesparteitag am 02.06.07 enthält.*** Die Delegierten dieses Kreisverbands werden zusammen mit den neu hinzugekommenen Delegierten auf einem Kreisparteitag bzw. einer Kreismitgliederversammlung nach dem 16.06.2007 durch Wahl bestätigt, so daß die ursprünglich zum WASG Landesparteitag gewählten Delegierten somit ebenfalls Delegierte aus Gliederungen auf dem Gründungsparteitag sein werden.

Dies gilt nicht für Delegierte, die nach dem Landesparteitag der WASG aus der WASG oder nach dem 16.06.2007 aus DIE LINKE. ausscheiden. Diese verlieren das Delegiertenmandat.

Die Delegierten aus dem Kreisverband Brandenburg sind unmittelbar nach dem 08.09.2007 frei, sich zu jeder anderen Gliederung von DIE LINKE. umzumelden.

Die WASG verpflichtet sich, die Anzahl der Delegierten, die sich nach ihrem Schlüssel 1:4 ergeben, unverzüglich nach Kenntnis an die Linkspartei.PDS mitzuteilen. Gleiches gilt für die Namen und Anschriften der Delegierten.

Gleichfalls satzungsändernd wird mit dieser Vereinbarung bestimmt, daß die Delegierten des 10. Landesparteitags der Linkspartei.PDS die Delegierten des Gründungsparteitags von DIE LINKE. LANDESVERBAND BRANDENBURG sein werden.*

5.

Die Entwürfe der Gründungsdokumente, die von den Vertragspartnern gemeinsam erarbeitet werden, wird die WASG auf dem Landesparteitag vor dem 15.06.2007, nämlich am 02.06.2007, diskutieren.

Die WASG hat das Recht auf ihrem Landesparteitag vor dem 15.06.2007, nämlich am 02.06.2007, zu den Gründungsdokumenten Beschlüsse zu fassen, die als Änderungsanträge zu den Gründungsdokumenten formuliert sind. Die Linkspartei.PDS verpflichtet sich, diese Änderungsanträge auf dem Gründungsparteitag einzubringen und sie dort auf der Grundlage von gemeinsam erarbeiteten Entwürfen von Tages-, Geschäfts- und Wahlordnung zu behandeln und einer Abstimmung des Gründungsparteitags zuzuführen.

6.

Die Vertragspartner vereinbaren, daß dem auf dem Gründungsparteitag zu wählenden Landesvorstand (Gründungsvorstand) 20 Personen angehören sollen. Davon werden mindestens 20% ehemaliger WASG-Mitglieder sein. Zur Absicherung dieser Vereinbarung ist die WASG berechtigt, dem Gründungsparteitag vier Personen für den Gründungsvorstand vorzuschlagen, die sie auf ihrem Landesparteitag vor dem 15.06.2007, nämlich am 02.06.2007, nominiert. Eine Person davon ist für die Position einer/s stellvertretenden Landesvorsitzenden von DIE LINKE. LANDESVERBAND BRANDENBURG zu nominieren. Die Linkspartei.PDS wird als ihre KandidatInnen diejenigen nominieren, die auf der 1. Tagung des 10. Landesparteitags der Links-

partei als Landesvorstand regulär gewählt werden sein werden. Die Linkspartei wird dabei einen Landesvorstand mit 16 Mitgliedern, davon ein/e Vorsitzende/r und eine Stellvertreterin wählen.

Die Vertragspartner vereinbaren, abweichend vom sonst üblichen Wahlverfahren und somit für die Linkspartei.PDS satzungsabweichend auf dem Gründungsparteitag in Einzelwahl lediglich die/den Vorsitzende/n des Landesverbands und zwei stellv. Vorsitzende/n zu wählen. Einer dieser beiden Stellvertreter wird von der WASG auf dem LPT am 02.06.2007 nominiert. Der andere wird von der Linkspartei nominiert. Alle anderen Mitglieder des Landesvorstands werden in Listenwahl unter Angabe der Funktion in geheimer Abstimmung bestätigt. Die Liste der Vertragspartner besteht dabei aus den von beiden Vertragspartnern nominierten weiteren Mitgliedern des Gründungsvorstands. Weitere Listen sind zulässig, werden von den Vertragspartnern aber nicht angestrebt.

Die Vertragspartner betonen, daß es sich um eine Ausnahme handelt, weil es sich beim Gründungsvorstand zugleich um einen Übergangsvorstand handelt. Der Vertragspartner vereinbaren bereits jetzt, daß dieser Gründungsvorstand auf seiner ersten Sitzung nach dem Gründungsparteitag am 08.09.2007 den ersten ordentlichen Landesparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg für Januar 2008 einberufen wird, auf dem entsprechend der zu beschließenden Satzung der Landesvorstand neu gewählt wird.

Der erste ordentliche Parteitag soll entsprechend der dann gültigen Satzung 150 Delegierte haben, wovon 20% ehemals der WASG angehörten. Der erste ordentliche Landesvorstand wird in einer Größe von insgesamt 20 Mitgliedern gewählt, wovon mindestens 20% ehemals der WASG angehörten.

Die Vertragspartner vereinbaren für die weiteren Organe des Landesverbands (Schiedskommission und Finanzrevisionskommission) keine Wahl auf dem Gründungsparteitag durchzuführen, sondern nach dem 16.06.2007 ein von der WASG auf ihrem Landesparteitag am 02.06.2007 nominiertes Mitglied in die Landesfinanzrevisionskommission und zwei von der WASG auf ihrem Landesparteitag am 02.06.2007 nominierte Mitglieder in die Landesschiedskommission zu kooptieren.*

Die Vertragspartner vereinbaren, daß bis zur ersten ordentlichen Wahl des künftigen Landesausschusses die Vertretung der WASG im bisherigen Landesparteirat und vorläufig im Landesausschuß über die Wahl eines Vertreters einer zu gründenden Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ in diese Gremien abgesichert wird.

Wenn sich in der Linkspartei.PDS ein Zusammenschluß „AG Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ bildet, wird dieser in der neuen Landessatzung als landesweiter Zusammenschluß anerkannt werden.

Weitere Übergangsbestimmungen sind im Satzungsentwurf zu verankern.

7.

Die Linkspartei.PDS verpflichtet sich darüber hinaus, die von der WASG benannten Kandidaten für den Gründungsvorstand auf der nächst stattfindenden Sitzung des Landesvorstands nach dem 16.06.2007 in den Landesvorstand bereits zu kooptieren, wenn am 15./16.06.2007 DIE LINKE. auf Bundesebene gegründet wurde. Die dafür notwendige Satzungsänderung der Linkspartei.PDS ist in dem Beschluß dieser Vereinbarung mit satzungsändernder Mehrheit auf dem Landesparteitag der Linkspartei.PDS am 03./04.02.2007 zu sehen.

8.

Die Vertragspartner vereinbaren, daß die Kreisverbandsstruktur von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg der Kreisverbandsstruktur der Linkspartei.PDS entsprechen soll. Die Linkspartei.PDS ist in Kreisverbänden organisiert, die den Landkreisgrenzen entsprechen. Der WASG ist bekannt, daß die Kreisverbände Cottbus und Spree-Neiße der Linkspartei.PDS sich in einem Fusionsprozeß befinden.

9.

Die Vertragspartner vereinbaren, daß die Bildung der Kreisverbandsstrukturen von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg im Anschluß an den Gründungslandesparteitag am 08.09.2007 durch Gesamtmitglieder- oder Delegiertenversammlungen in den jeweiligen Gebieten erfolgt. Hierzu vereinbaren sich die Gliederungen beider Parteien in den Grenzen der Kreisverbandsstruktur der Linkspartei.PDS selbständig über die Einzelheiten, insbesondere über die angemessene Vertretung früherer WASG-Mitglieder in den Organen und Gremien der neuen Kreisverbände.

Die Vertragspartner vereinbaren, auftretende Konfliktfälle einvernehmlich zu regeln. Als Vermittlungsinstanz, die die Konfliktlösung lediglich ohne Entscheidung in der Sache moderiert, sind die/der Landesvorsitzende und seine StellvertreterInnen berufen. Sie können weitere Moderatoren berufen.

Potsdam, den

Potsdam, den

.....
Linkspartei.PDS

Landesverband Brandenburg

.....
WASG

Landesverband Brandenburg

* **fett und kursiv ausgezeichnete Text = satzungsändernd**

Beschluss „Zusammensetzung des Landesparteirates“

Der Landesparteitag beschließt gemäß Satzung, Pkt. 9.3.(3) den Schlüssel für die Zusammensetzung des Landesparteirates wie folgt:

Die Gesamtstärke des Landesparteirates beträgt 52 Mitglieder.

Die Kreisverbände erhalten zusammen 40 Mandate. Jeder Kreisverband hat 2 Grundmandate. Die Kreisverbände Potsdam, MOL, LDS und LOS erhalten zusätzlich ein drittes Mandat.

Die landesweiten Zusammenschlüsse erhalten zusammen 9 Mandate.

Die AG SeniorInnen,
die AG Betriebe und Gewerkschaften,
die LAG Schule,
die AG Geschichte,
die AG Netzwerk der EL,
die AG Antirassismus und Rechtsextremismus,
die AG LISA
die AG Umwelt und
die Kommunistische Plattform
erhalten je ein Mandat.

Weitere drei Mandate erhalten

Junge Linke Berlin–Brandenburg	1
Landesverband Brandenburg [‘solid]	1
Landtagsfraktion	1

Beschluss „Fortführung der Mindestlohnkampagne“

Der Parteitag beschließt die Mindestlohnkampagne mit hoher Intensität fortzuführen. Grundlage bilden die Beschlüsse des Parteivorstandes. Der Landesvorstand erarbeitet kurzfristig (2 LV Sitzungen) einen Plan zur Fortführung der Kampagne und stellt in Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand die entsprechenden Materialien zur Verfügung.

Begründung:

Mit der Mindestlohnkampagne haben wir einen Beitrag zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion geleistet. Hier ist insbesondere den beteiligten Abgeordneten unserer Partei und den Mitgliedern unserer Basisorganisationen zu danken.

Die Kombination aus parlamentarischen Initiativen und außerparlamentarischen Aktivitäten, eigene Aktionen und Beteiligung an den Initiativen anderer gesellschaftlicher Kräfte konnte das gesellschaftliche Verhältnis von Ablehnung zu diesem Thema zur eindeutigen Zustimmung gewandelt werden. An der Zuspitzung des Themas bis zu gesetzgeberischen Entscheidung sind inzwischen Befürworter und Ablehner interessiert.

Für viele Menschen, insbesondere in Ostbrandenburg ist die Entscheidung für den Mindestlohn eine Zukunftsentscheidung für ein Selbstbestimmtes Leben. Die Einführung des Mindestlohnes hat direkte Auswirkungen auf die Einkommensbedingungen aller Generationen im ganzen Land. Er trägt dazu bei die sozialen Verwerfungen im Land zu mildern.

Beschluss „Gemeinsam gewinnt“

Im Sommer 2007 werden Linkspartei.PDS und WASG vereint zu einer starken linken Partei für die Bundesrepublik ihren gemeinsamen Weg beschreiten. Zu dieser Partei soll dann auch ein einheitlicher Jugendverband gehören. Dieser neuformierte Jugendverband soll sich auf Basis des Bundesjugendverbandes der Linkspartei.PDS, [solid], unter Einbeziehung aller Strukturen von WASG Jugendlichen und den Junge Linke – Verbänden konstituieren.

Der auf Bundesebene einberufene Runde Tisch der Jugendstrukturen beschäftigt sich seit August 2006 mit den Rahmenbedingungen für eine solche Neugründung. Seit dem 03. Dezember 2006 liegt hierzu ein zeitlicher Rahmen und eine rechtliche Orientierungshilfe vor.

In Brandenburg gibt es durch einen Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages im Februar 2005 bereits eine gemeinschaftliche Basis für die kontinuierliche Zusammenarbeit der Jugendstrukturen der Landespartei.PDS: das Landesjugendtreffen und den von ihm gewählten Jugendrat. Die Arbeit des Jugendrates auf dieser gemeinsamen Basis hat sich bewährt.

Dieser besteht aus VertreterInnen aller Strukturen und ihm wurden durch den oben genannten Beschluss Rechte und Pflichten gegenüber der Landespartei vom Parteitag eingeräumt. Mit der Gründung eines einheitlichen Jugendverbandes auf Landesebene sind die Grundlagen für diesen Beschluss nicht mehr vorhanden.

Im April werden die Jugendlichen in und bei der Linkspartei.PDS und WASG auf einer geöffneten Landesmitgliederversammlung (LMV) von [solid] gemeinsam die Delegierten zur Gründungsdelegiertenkonferenz des neuen Bundesjugendverbandes sowie den Landesvorstand des neuen Jugendverbandes wählen und somit die Neugründung vollziehen. Zu diesem Zweck soll im Rahmen der [solid] – LMV ein letztes Landesjugendtreffen der Linkspartei.PDS Brandenburg stattfinden. Der Landesparteitag begrüßt die Einigung im Jugendbereich und fordert alle Mitglieder und SympathisantInnen der Linkspartei.PDS Brandenburg auf, sich an diesem Treffen zu beteiligen.

Um eine kontinuierliche weitere Zusammenarbeit des neuen Jugendverbandes mit dem Landesvorstand der Partei zu gewährleisten, werden die Rechte und Pflichten des Jugendrates auf den neuen Vorstand des Landesjugendverbandes mit dem erfolgreichen Abschluss der Parteineubildung am 16.06.2007 übertragen. Der Jugendrat wird von der Landesmitgliederversammlung von [solid] im April 2007 bis zum 16. Juni 2007 kommissarisch im Amt bleiben.

Der Landesparteitag erkennt dieses vorgeschlagene Prozedere sowie die Entlastung und Auflösung des Jugendrates zum oben genannten Zeitpunkt an. Dem Landesvorstand wird die Befugnis erteilt, diese Auflösung zur Kenntnis zu nehmen und er wird beauftragt, seine Zusammenarbeit im Bereich Jugend mit dem neu zu wählenden Vorstand des Landesjugendverbandes fortzuführen.

Beschluss „Freiheit und Selbstbestimmung Weltweit - Coca-Cola Boykottieren!“

„Die Linkspartei.PDS Brandenburg wird ab sofort Produkte der Coca Cola Company weder erwerben noch auf eigenen Veranstaltungen vertreiben. Der Landesparteitag fordert die Gliederungen des Landesverbandes auf, keine Produkte der Coca Cola Campagne mehr zu erwerben oder zu vertreiben. Wir rufen ferner unsere Mitglieder und Sympathisantinnen dazu auf, in ihrem privaten Alltag auf den Erwerb und Konsum von Coca Cola Produkten zu verzichten.

Die Linke.PDS Brandenburg unterstützt die vom Jugendverband [‘solid] Brandenburg initiierte Kampagne „Killerbrause“.

Der Boykottaufruf wird zusammen mit der Begründung des Antrages auf der Homepage des Landesverbandes veröffentlicht und den Mitgliedern über die Landeszeitung bekannt gegeben.“

Begründung:

Wie kaum ein anderes Unternehmen ist die Coca-Cola Company auf der ganzen Welt präsent. „Coca - Cola“ gilt als das weltweit bekannteste Wort nach „o.k.“. Die Firma ist redlich bemüht, sich ein positives Image zu verpassen - mit Weihnachts-Trucks und der Unterstützung von sportlichen Großereignissen wie zuletzt der Fußball-WM in Deutschland.

Die „Coke-Side of Life“ (Werbeslogan des Unternehmens, sinngemäß: Die Coke-Art zu Leben) bedeutet aber für viele Menschen außerhalb Europas weniger Erfrischung und Entspannung, sondern Unterdrückung, Ausbeutung und Todesangst.

In Kolumbien unterdrückt Coca-Cola Kolumbien systematisch die Bildung von unabhängigen Gewerkschaften. Dies führt soweit, dass engagierte Gewerkschafter von rechten Paramilitärs ermordet werden, und Gewerkschaftsmitglieder unter der Drohung, ihnen würde das gleiche passieren, gezwungen werden, aus der Gewerkschaft auszutreten (So geschehen in Carepas mit Gewerkschaftern der linken Gewerkschaft SINALTRAINAL). Auch wenn die Coca-Cola Company jegliche Verbindung zu den Morden abstreitet, war sie es, die von den Verbrechen profitiert: Die Löhne sanken nach Auflösen der Gewerkschaft von durchschnittlich 600 Dollar im Monat auf 150. Ein Leben in Würde ist für die ArbeiterInnen der Coca-Cola Abfüllanlagen so nicht mehr möglich. Eine unabhängige Aufklärung der Vorgänge wurde von Coca-Cola bisher immer blockiert und verhindert, dafür überzog der Konzern die betroffene Gewerkschaft SINALTRAINAL mit einer Serie von Klagen und veranlasste die Verhaftung einiger unschuldiger Gewerkschafter.

Auch in anderen Ländern gibt es schwerwiegende Vorwürfe gegen das Unternehmen: In Indien pumpen verschiedene Abfüll-Fabriken das Grundwasser ab, um daraus Coca-Cola herzustellen. Die Folge: Ganze Landstriche leiden an Wassermangel, und das in Regionen, wo verarmte KleinbäuerInnen und -bauern extrem auf Wasser angewiesen sind. Felder vertrocknen, Frauen müssen kilometerweit laufen, um an das lebensnotwendige Gut zu kommen. Gleichzeitig versucht Coca-Cola, den Mineralwassermarkt Indiens zu dominieren - eine zynische Unternehmenspolitik.

Doch dagegen regt sich globaler Protest. Mehrere Universitäten in den USA, aber auch in Deutschland haben einen Boykott von Produkten der Coca-Cola Company beschlossen. Die Killerbrause-Kampagne von [‘solid] versucht diesen Protest auch nach Brandenburg zu bringen.

Bericht an den 10. Landesparteitages

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Liebe Delegierte, liebe Gäste

Für den 10. Landesparteitag der Linkspartei.PDS Brandenburg wurden 208 Mandate durch den Landesvorstand beschlossen.

Von diesen 208 Mandaten sind 200 durch Kreisverbände und AG/IG besetzt.

8 Mandate wurden nicht besetzt, sie gliedern sich folgendermaßen auf:

1 Mandat AG Sorben/Wenden, 4 Mandate AG Betrieb und Gewerkschaft, 2 Mandate AG Geschichte und ein Mandat LAG Schule.

Die Mandatsprüfungskommission hat die Anwesenheitslisten ausgewertet. Um 10.45 Uhr hatten sich 169 Delegierte angemeldet, das sind 80,4 % der gewählten Delegierte, 16 Delegierte fehlen entschuldigt, 15 Delegierte fehlen unentschuldigt.

Von den anwesenden gewählten Delegierten sind

91 Frauen = 45,5 % und 109 Männer = 54,5 %.

Die altersmäßige Zusammensetzung der anwesenden Delegierten sieht wie folgt aus:

jünger als 25 Jahre sind 25 Delegierte = 14,8 %

26 bis 40 Jahre 23 Delegierte = 13,6 %

41 bis 50 Jahre 34 Delegierte = 20,1 %

51 bis 65 Jahre 64 Delegierte = 37,9 %

und älter als 65 Jahre sind 23 Delegierte = 13,7 %.

199 gewählte Delegierte sind Mitglied der Linkspartei.PDS, ein Delegierter ist parteilos.

Der Parteitag ist damit beschlussfähig.

Wahlergebnisse der 1. Tagung des 10. Landesparteitages

Landesvorsitzender:

Gewählt wurde:

Thomas Nord mit 146 von 177 Stimmen, das entspricht 82,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Gewählt wurde:

Kirsten Tackmann mit 160 von 176 Stimmen, das entspricht 90,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Landesgeschäftsführer/in:

Gewählt wurde:

Maria Strauß mit 151 von 176 Stimmen, das entspricht 85,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Landesschatzmeister:

Gewählt wurde:

Matthias Osterburg mit 160 von 176 Stimmen, das entspricht 90,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Weitere Mitglieder des Landesvorstandes:

Gewählt wurden:

Elke Böckmann mit 150 Stimmen, das entspricht 85,7 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Katharina Dahme mit 138 Stimmen, das entspricht 78,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Silvia Hauffe mit 156 Stimmen, das entspricht 89,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Diana Golze mit 141 Stimmen, das entspricht 80,6 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Jutta Nitsche mit 134 Stimmen, das entspricht 76,6 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Dagmar Püschel mit 148 Stimmen, das entspricht 84,6 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Andreas Bernig mit 148 Stimmen, das entspricht 88,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Thomas Domres mit 154 Stimmen, das entspricht 91,7 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Matthias Loehr mit 120 Stimmen, das entspricht 71,4 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Stefan Ludwig mit 147 Stimmen, das entspricht 87,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Ingo Paeschke mit 99 Stimmen, das entspricht 58,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Harald Petzold mit 124 Stimmen, das entspricht 73,8 % der abgegebenen Stimmen

Nicht gewählt wurde:

Lothar Hoffmann mit 96 Stimmen, das entspricht 57,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Landesschiedskommission:

Gewählt wurden:

Sybille Brock mit 158 Stimmen, das entspricht 90,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Doris Mair mit 158 Stimmen, das entspricht 90,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Claudia Para mit 151 Stimmen, das entspricht 86,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Sonja Sage mit 145 Stimmen, das entspricht 82,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Anke Schwarzenberg mit 160 Stimmen, das entspricht 91,4 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Hans Bernhardt mit 159 Stimmen, das entspricht 93,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Johannes Reichmann mit 138 Stimmen, das entspricht 81,2 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Jürg Wegewitz mit 154 Stimmen, das entspricht 90,6 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Landesfinanzrevisionskommission:

Gewählt wurden:

Petra Hoffmann mit 110 Stimmen, das entspricht 64,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Karin Lange mit 109 Stimmen, das entspricht 63,7 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Sylvia Wagner mit 106 Stimmen, das entspricht 61,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Ralf-Peter Annas mit 126 Stimmen, das entspricht 77,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Ingo Lembcke mit 116 Stimmen, das entspricht 71,2 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Nicht gewählt wurde:

Anita Leddin im ersten Wahlgang auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung mit 101 Stimmen, das entspricht 59,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen.
Anita Leddin im zweiten Wahlgang auf der gemischten Liste mit 67 Stimmen, das entspricht 41,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Satzungsforum zum Landesparteitag/Tagung am 4.2.07

Mitschrift von Stefan Ludwig

Nachfolgend die wesentlichen diskutierten Fragen (mit Fragestellern)

1. Rechte der sorbischen Minderheit (Kai Schwarz/LDS): §15 - Zeile 46,47 (warum so viele Mandate; Antwort: konnten jetzt schon 4 entsenden, ist keine neue Fragestellung an die Partei)
2. Rechte der Frauen (Elke Raddisch/E-E): §10 (was passiert mit unbesetzten Frauenmandaten, wer macht dann die Arbeit?; Antwort: es ist eine Aufgabenstellung vor allem an die Männer in der Partei, ausreichend Bewerberinnen zu motivieren, das kann nicht die Aufgabe der Benachteiligten sein)
3. Finanzrevision: §26 (warum nun in Kreisen plötzlich Pflicht?)
4. Rechte der Frauen (Peter Ligner/PM): §10 (Frauen wg. Ungleichheit besser stellen)
5. Rechte der IG/AG (Peter Ligner/PM): (zurecht privilegiert)
6. Entscheidung über Hauptamt im Landesvorstand (Peter Ligner/PM): (warum jetzt Streit darüber; Antwort: siehe §23, denn der LV verwaltet die Landesfinanzen)
7. Rechte der sorbischen Minderheit (G.-R. Hoffmann/OSL): §15 (besser „Sorben/Wenden“)
8. Rechte der Frauen (Christian Eicke/WASG): §10 (Frauenplenum sollte über Nachbesetzung entscheiden, auch über mögliche Besetzung mit Männern)
9. Mandate der Vertreter des Jugendverbandes (ein Teilnehmer aus dem Barnim): §15 (warum entscheidet Landesvorstand über deren Anzahl?; Antwort: nach der Beendigung der Beratung: dieses Verfahren ist eine Privilegierung gegenüber den IG/AG, sollte nicht unterschätzt werden)